

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Droßsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Beklebung. Telefon Sammelnummer 72206. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchvertriebsanstalt H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. - **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 - Telephon 72.0

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Vorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10 Spalten, Kolonellzeile 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Spalten, Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate u. ausw.: die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf. bei Vorkauf 50 Pf. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbedingungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabstände und alle Postämter entgegen

Völlige Abrüstung

Zur Diskussion über das Wehrprogramm

Von Fritz Bieligl.

Das Ziel der S.V.Z. ist die vollständige Abrüstung zu Land, zu Wasser und in der Luft, ohne Unterschied zwischen Siegern und Besiegten Staaten. Diese Forderung kann nur verwirklicht werden durch die gemeinsamen und energischen Bestrebungen der organisierten Arbeiter, durch die unablässige Aufklärung der Arbeiter über die Ursachen und Gefahren der Rüstungen und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen.

Die Schwierigkeiten, die die Abrüstung bietet, können nur unter dem stärksten politischen Druck überwunden werden. Diesen Druck durch eine ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten zu führen, ist die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterparteien.

(Abrüstungsresolution des Internationalen Sozialistenkongresses 1928.)

Mit diesen einleitenden Sätzen der Abrüstungsresolution des Internationalen Sozialistenkongresses von Brüssel wird den sozialistischen Parteien in allen Ländern der Kampf für die vollständige Abrüstung zur Pflicht gemacht. Damit ist zugleich auch die grundsätzliche Gegnerchaft zum Militarismus und zu allen militärischen Rüstungen zum Ausdruck gebracht. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei der Schaffung ihres Wehrprogramms auf diesem Beschluß aufbauen muß. Aufbauen nicht in dem Sinne, daß sie etwa die völlige Abrüstung als ein fernes Ziel hinstellt, sich inzwischen mit dem bestehenden Militarismus abfindet, und ihm vielleicht sogar die Mittel für seine Rüstungen bewilligt, sondern aufbauen in dem Sinne, daß sie ihre grundsätzliche Gegnerchaft gegen den Militarismus und seinen Rüstungswahn durch die Ablehnung aller militärischen Forderungen zum Ausdruck bringt.

Die grundsätzliche Gegnerchaft der Sozialdemokratie gegen den Militarismus ist nicht etwas, das erst neu aufgefunden werden muß. Seit der Sozialismus das Proletariat in seinem Kampfe gegen die Herrschaft der Bourgeoisie führt, wissen die Arbeiter, daß eine der wichtigsten Verteidigungswaffen ihrer Klassegegner der Militarismus ist. Zwei Aufgaben hat er unter ihrer Herrschaft zu erfüllen. Gegen die revolutionäre Arbeitererschaft gebraucht sie ihn, um ihren Kampf aufzuhalten und sie sogar mit Gewalt niederzuschlagen, wenn wichtige Positionen der Bourgeoisieherrschaft durch das Vordringen der Arbeiter erschüttert scheinen. Das ist die „nationale“ Aufgabe. Und die, die ihm international zugewiesen ist, liegt zwar für viele etwas verhillert, aber sie ist nichtsdestoweniger ebenso einseitig gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet. Die Kriege, die in dem letzten halben Jahrhundert in den verschiedenen Weltteilen geführt worden sind, haben den Beweis geführt, daß der Militarismus die Waffe ist, mit der nicht nur Dynastien ihre Herrschaft aufrechterhalten wollen, sondern mit der auch die aufstrebende Kapitalistenklasse und besonders ihre imperialistische Schicht ihre Macht erweitert und befestigt, wenn ihr alle anderen Umstände für ihre Anwendung günstig erscheinen.

Noch leben wir nicht in der Zeit, in der diese Waffe für die Bourgeoisie unentbehrlich ist. Das Wachsen der Produktivkräfte vor allem in den kapitalistisch entwickelten Ländern, das Verlangen nach immer steigenden Profiten treibt die Bourgeoisie über den ganzen Erdball und über die Ozeane. Sie sucht stets nach Ländern, die ihr als Kapital- und Warenabnahmämärkte neue Profitmöglichkeiten bieten können. Auf dieser Jagd geraten die Imperialisten aneinander. Alle suchen über die von einem eigenen kräftigen Kapitalismus noch nicht erschlossenen Länder auch politisch zu herrschen, um sie desto vollständiger in ihre ökonomische Gewalt zu bekommen. In diesen Auseinandersetzungen ist ihnen in einer bestimmten Situation der Militarismus eine unentbehrliche Waffe. Sind auch Tendenzen vorhanden, die gegen ein Austragen der Gegensätze mit den Mitteln der Gewalt gerichtet zu sein scheinen, so bewirken die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche, daß diese Tendenzen zuletzt doch ausgeschaltet werden und zum Krieg als zum äußersten Mittel gegriffen wird, mit dem die immer gewaltigeren Krisen behoben werden sollen.

Darum in allen Ländern, in denen die imperialistische Schicht zur führenden der kapitalistischen Klasse geworden ist, das neue militärische Vertrauen. Deutschland macht hierin keine Ausnahme, wenn es sich auch wegen des Friedensvertrages auf diesem Gebiete nicht offen vor aller Welt bewegen darf. Um überall die Völker, ganz besonders die arbeitenden Massen, militärfreundlich zu stimmen, ihre Vertreter in den Parlamenten zum Bewilligen immer neuer Militär- und Rüstungsvorlagen zu bewegen, dazu wurde die Phrase erfunden, daß Militarismus und Rüstungen nötig seien, um die Sicherheit des Vaterlandes zu verteidigen. Aber beide sind nicht da für den Kampf für die Nation, sind nicht da zum Zwecke der „Landesverteidigung“, sondern der Militarismus wird in allen kapitalistischen Ländern gepflegt, um koloniale und halbkoloniale Länder in der ökonomischen und politischen Abhängigkeit zu erhalten und andere neu in diese Abhängigkeit zu zwingen. Wieder hat die Abrüstungs-

Rechts wird regiert?

Das neue Kabinett Poincaré

SWD Paris, 12. November. (Radio.)

Trotz aller Hartnäckigkeit ist es den Bemühungen Poincarés nicht gelungen, sein Kabinett der nationalen Eintracht auf die Beine zu stellen. Am Sonnabendabend haben sich schwere Differenzen in der radikalen sozialistischen Partei ergeben und am Sonntagvormittag haben die Radikalsozialisten beschlossen, keinem ihrer Mitglieder zu gestatten, im neuen Kabinett Poincaré einen Posten anzunehmen. Die offizielle Weigerung der Radikalen stützte sich darauf, daß Poincaré ihre Forderungen hinsichtlich der Militärcrédite und der Steuerreform nicht angenommen und daß er vor allem darauf bestanden hat, die Gruppe Marin weiterhin in seiner Mehrheit zu behalten. Die radikalsozialistischen Abgeordneten Sarraut, Luceille, Hesse, Lamoreux, die von Poincaré als Mitglieder seines neuen Kabinetts in Aussicht genommen waren, teilten ihm kurz nach Mittag die Entscheidung der radikalen Fraktion mit und erklärten, daß er auf keine weitere Mitarbeit mehr zählen könne. Poincaré erwiderte darauf, daß er nun sein Kabinett ohne die Radikalen bilden würde.

Zwei Männer, die wiederkehren



Briand

Tardieu

ärkredite und der Steuerreform nicht angenommen und daß er vor allem darauf bestanden hat, die Gruppe Marin weiterhin in seiner Mehrheit zu behalten. Die radikalsozialistischen Abgeordneten Sarraut, Luceille, Hesse, Lamoreux, die von Poincaré als Mitglieder seines neuen Kabinetts in Aussicht genommen waren, teilten ihm kurz nach Mittag die Entscheidung der radikalen Fraktion mit und erklärten, daß er auf keine weitere Mitarbeit mehr zählen könne. Poincaré erwiderte darauf, daß er nun sein Kabinett ohne die Radikalen bilden würde.

resolution des Internationalen Sozialistenkongresses den richtigen Schluß aus dem gegenwärtigen Stadium der weltpolitischen Situation gezogen, wenn sie sagt: „So trägt in der kapitalistischen Epoche, jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus.“ Ist aber jeder Krieg, an dem kapitalistisch entwickelte Staaten beteiligt sind, für diese Staaten ein Krieg für imperialistische Interessen, so erwächst daraus für die sozialdemokratischen Parteien die Verpflichtung, jeden Krieg abzulehnen. Sie dürfen sich in keiner Stunde von den „Begründungen“ und Phrasen der herrschenden Klasse beeinflussen lassen, für die in der Vergangenheit jeder Krieg ein „Verteidigungskrieg“ war und wohl auch in Zukunft sein wird.

Ist es das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, die Herrschaft der kapitalistischen Klasse zu stürzen, ist sie der schärfste Gegner jedes Krieges der kapitalistischen Staaten, so muß es ihre Aufgabe sein, auch den militärischen Gewaltapparat, eines der stärksten Verteidigungsmittel der Bourgeoisie, zu beseitigen. So ergibt sich für sie die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Militarismus, des Kampfes für die völlige Abrüstung im eigenen Lande. Sie kann in diesem Kampfe nicht nachlassen etwa deswegen, weil sie in dem einen Lande einflußreicher ist als in dem anderen. Ist der Kampf auch ein internationaler, so kann er doch nur mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn er national mit um so größerer Schärfe vorwärts getragen wird. Und gerade in den Ländern, in denen der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gesetzgebung ein bestimmender geworden ist, muß sich dieser Einfluß in einem starken Druck auf die völlige Abrüstung geltend machen. Denn nur so erhält der Kampf für die Abrüstung auch in den übrigen Ländern einen erneuten Antrieb.

Was nach Herausarbeitung dieses grundsätzlichen Standpunktes zur Reichswehr und zu den Problemen, zu denen im Wehrprogramm der Sozialdemokratie Stellung genommen werden muß, zu sagen ist, wird in weiteren Artikeln zum Ausdruck gebracht werden.

Sonntag 11 Uhr abends ist dann folgende Ministerliste bekanntgegeben worden:

- Ministerpräsident: Poincaré.
- Außen: Briand.
- Finanzen: Chéron.
- Krieg: Painlevé.
- Marine: Legues.
- Inneres: Tardieu.
- Justiz: Barthou.
- Öffentliche Arbeiten: Forquet.
- Kolonien: Maginot.
- Unterricht: Marraud.
- Ackerbau: Hennessy.
- Pensionen: Antierou.
- Arbeit: Loucheur.
- Luftfahrt: Laurent Eynac.
- Sandel: Bonnesous.

Aus Paris wird dem Soz. Pressedienst zu der Kabinettsbildung geschrieben:

Das neue Kabinett Poincaré ist ein ausgesprochenes Rechtskabinett. Poincaré selbst erklärte zwar nach der Vorstellung seiner Minister im Elysee, er hoffe, daß sein Kabinett, das am Waffenstillstandstage gebildet worden sei, auch den Waffenstillstand zwischen den Parteien bringen werde. Aber wenn man die Zusammensetzung des Kabinetts näher ansieht, muß man sagen, daß die Rechte darin viel stärker vertreten ist, als in dem früheren Kabinett der nationalen Union. Die vier radikalen Minister sind ersetzt worden durch den verwahrenen Radikalen Marraud, den Berner Gesandten Hermès, der seinerzeit vom Linksblock auf seinem Schweizer Posten kaltegestellt worden war, den früheren Pensionärminister Antierou, der sich noch bei den letzten Kammerwahlen in der Opposition gegen Poincaré hatte wiederwählen lassen, und durch die unbekannte Größe Forquet ersetzt wurde. Dafür ist die Rechte allein schon zahlenmäßig doppelt so stark geworden. Für den Vorkriegsminister Marin ist der Vizepräsident der Maringruppe Bonnesou, in das Kabinett eingetreten. Der elsässische Unterstaatssekretär Oberkirch ist geblieben. Weiter ist der Kriegsminister des Bloc national, Maginot, einer der wüsten Feinde des Linksblocks, sowie der Pariser Abgeordnete Ponce, einer der rühmlichsten und zukunftsreichsten Parlamentarier, ebenfalls in die neue Regierung eingetreten. Die Rechtsvertretung ist also nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ viel stärker als die Linksvertretung.

Die heutige Morgenpresse läßt sich absolut nicht über die Tatsache hinweg, daß das neue Kabinett Poincaré einen deutlichen Rechtsruck bringt.

Gerhart nach Moskau abgereist

Wo ist Paul Böttcher?

Es ist bereits mehrfach berichtet worden, daß an die Verhändler der Ruf ergangen ist, zur „Einjagung“ nach Moskau zu eilen. Bisher ist das von der kommunistischen Presse abgelehnt worden. Wie uns nunmehr aber berichtet wird, ist einer der Führer der Verhändlergruppe, Gerhart, am Freitag nach Moskau abgereist. Gleichzeitig wird uns mitgeteilt, daß die Säuberungsaktion Leddy Thälmanns ihren Fortgang nimmt. Er räumt weiter in der roten Fahne auf. Jedenfalls beginnt damit der Endkampf zwischen den Verhählern und den Stalinleuten. Bisher wurden in der Hauptsache nur „Liquidatoren“ vom Schlage Böttchers kalt gestellt, nunmehr müssen auch die Verhändler daran glauben.

Im übrigen ist Paul Böttcher anscheinend auf kaltem Wege erledigt worden. Bis in die letzte Woche hinein zeichnete er als Verantwortlicher für die Politik der S.V.Z. Seit Dienstag, den 6. November, aber wird Herr Globig als Verantwortlicher angeführt. Globig ist ein treuer Kämpfer der Thälmannleute. Es ist daher anzunehmen, daß Pauls letzte Stunde geschlagen hat. Vielleicht hat er Bewährungsfrist.

„Freie Diskussion“ in der SPD

SWD Berlin, 10. November

Während die deutsche Arbeitererschaft unter Führung der Sozialdemokratie in einem gigantischen Entscheidungskampf steht, wissen die Kommunisten nichts anderes zu tun, als sich gegenseitig zu ohrfetzen. Der linkskommunistische Volkswille berichtet über folgende vertrauliche Vorkommnisse in der SPD in Berlin:

Jellensprung in der Zelle „AG-Turbine“ in Moabit am Dienstag, dem 6. November. Referent Heinz Neumann. In der Zelle ist auch Jakob Walcher organisiert. Als Heinz Würtchen-Neumann, der „tapfere“ China-Kämpfer, sieht, daß er die Mehrheit der Zelle hinter sich hat, wird er, wie immer in solchen Fällen, frech und provokatorisch. Aber der gute Walcher, der zwar ein Richter, aber ein anständiger Kerl ist, weiß, was sich für ein solches Subjekt als „Beauftragter der Exekutive“ geziemt und haut dem Neumann eine gewaltige Maulschelle herunter. Darauf „freie Diskussion“. Jeder gegen jeden und immer feste druff. Zwar „legte“ schließlich auch das Etki, aber Neumann mit seinem typischen Ohrliegenacht hatte seinen Denktettel weg. Mag er in der „Korruptionsjähne“ hinterher schimpfen.

Zehn Jahre nach der deutsch-österreichischen Revolution

Von Otto Leichter, Wien.

Am 12. November 1918 ist in Deutschösterreich die Republik ausgerufen worden. Die Provisorische Nationalversammlung, zusammengesetzt aus den altösterreichischen Reichsratsabgeordneten der deutschen Gebiete der Monarchie, nahm einstimmig das Dekret über die Ausrufung der Republik an, dieselbe Nationalversammlung, in der drei Wochen vorher ein Antrag, den neuen Nationalrat als Republik zu konstituieren, in einer hoffnungslosen Minderheit geblieben wäre. Aber unter dem Eindruck des beispiellosen Zusammenbruchs der ganzen monarchistischen Staatsmacht, der Niederlage Deutschlands, vor allem aber unter dem Eindruck der deutschen Revolution war den bürgerlichen Parteien der deutsch-österreichischen Nationalversammlung nichts anderes übrig geblieben, als sich mit der Republik abzugeben, wenn sie nicht unter die Räder der einherziehenden Revolution geraten wollten. So erklärte die Provisorische Nationalversammlung am 12. November Deutschösterreich als eine demokratische Republik und als einen Bestandteil der jungen deutschen Republik. Hunderttausende Wiener, die von der Sozialdemokratie gerufen, vor dem Parlament auf dem Ring demonstrierten, bejubelten die Republik, feierten den Sieg der Sozialdemokratie. Und als die Kommunisten bei dieser Gelegenheit einen mit literarischer Verantwortungslösung und Unkenntnis der Massenstimmung so etwas wie einen Putz versuchten und eine sinnlose Schießerei veranstalteten, da war das Schicksal dieser Partei für Deutschösterreich von vornherein besiegelt: sie hatte sich jedes Vertrauen der Arbeiter so sehr verschert, daß sie von ihrer Geburt an zu hoffnungslosem Dahinsinken verurteilt war.

Und so sehr die Geschichte der deutsch-österreichischen Republik auch von anderen geschichtlichen und wirtschaftlichen Umständen, vor allem von seiner ökonomischen Schwäche, abhängig war — für die Geschichte der Arbeiterklasse in der jungen Republik und damit für ihre Entwicklung selbst war nichts bedeutungsvoller, als daß die Arbeiterklasse einig in die Revolution ging und allen Stürmen zum Trotz ihre Einigkeit bewahrte. Nur darauf, daß die österreichischen Arbeiter die nach dem Krieg außerordentlich gewachsene Anziehungskraft des Sozialismus auch auf nicht unmittelbar proletarische Schichten nicht durch das Gezänze der Parteispaltung schwächen, nur darauf, daß die Sozialdemokratie dank ihrer Einheitslichkeit und Geschlossenheit nach wenigen Monaten republikanischer Politik die Klassenfront gegen die Bürgerlichen auch unter den neuen Verhältnissen herstellte, nur der Tatsache, daß die Energie der Umsturzzeit nicht in Bruderkämpfen aufgerieben worden ist, nur diesen Tatsachen ist es zu danken, daß in dem Land, in dem die wirtschaftlichen Verhältnisse und die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung vielleicht nach Ungarn die wenigsten günstigen Voraussetzungen für eine entschiedene sozialdemokratische Politik geboten hat, die Arbeiterklasse für Jahre hinaus die stärkste Machtposition von allen mitteleuropäischen Ländern errungen hat.

Während der ersten Jahre der Republik — auch nach den für die Sozialdemokratie ungünstigen Wahlen im Jahre 1920, nach denen die sozialdemokratischen Minister aus der Regierung ausgetreten sind, um seither nicht mehr in die Bundesregierung wiederzukehren — hat es in der Republik keine reale Macht außer der Sozialdemokratie gegeben. Die anderen vermochten, gestützt vor allem auf die soziale Bedeutung der Bauernschaft in dem zum großen Teil rein agrarischen Land, die Sozialdemokratie zu hemmen, aber die tatsächlichen Machtmittel waren in den Händen der Sozialdemokratie und blieben es auch noch einige Jahre, etwa bis 1923/24. Die deutsche Republik hat schon wenige Monate nach der Novemberrevolution trotz der ungleich größeren sozialen Bedeutung der Arbeiterklasse in dem großindustriellen Deutschland einen bürgerlichen, vielfach sogar reaktionären Machtapparat; in der Tschechoslowakei ist gar nicht der Versuch gemacht worden, der von vornherein bürgerlich-imperialistischen Tendenz des von französischen Militärs aus der Taufe gehobenen Apparats entgegenzuwirken. Nur in dem schwachen Deutschösterreich hat die einzige Arbeiterklasse gezeigt, welche Möglichkeiten eine von einem einheitlichen Proletariat getragene Revolution hat.

Aber wenn auch diese machtpolitische Grundlage der Politik der österreichischen Sozialdemokratie sicherlich eine der wichtigsten Voraussetzungen ihrer Politik war, so war sie zweifellos nicht die einzige, die wirksam geworden ist. Von vornherein hat die Sozialdemokratie praktische Gegenwartsarbeit geleistet, die revolutionäre Spannung ausgenützt, um sozialpolitische Gesetze zu schaffen und den wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften zu erleichtern: so hat die deutsch-österreichische Sozialdemokratie nicht nur den Achtstundentag gesichert und den Arbeiterurlaub erkämpft, sondern ein sehr weitgehendes Betriebsratsgesetz noch lange vor den anderen Staaten geschaffen. So hat die Partei immer größere Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Verwaltungsarbeit der Wiener Gemeindeverwaltung zugewendet, die mit ihren praktischen Fürsorgeleistungen, vor allem mit ihren Wohnbauten geradezu ein Vorort des internationalen Sozialismus geworden ist. Aber diese Reformarbeit war nur möglich, weil auch sie von dem Verständnis der Arbeitermassen getragen war; und dieses Verständnis ist erst dadurch erarbeitet worden, daß die Partei immer wieder die Gebundenheit der sozialdemokratischen Verwaltungsarbeit innerhalb der kapitalistischen Ordnung betont und in den zehn Jahren Republik immer schärfer den Klassenkampf gegen das Bürgertum betont hat. Nur die Verbindung der praktischen Reform nicht nur — wie man vielfach behauptet — mit einer revolutionären Phrasologie, sondern mit wirklicher Klassenrevolutionärer Gesinnung, die den Klassencharakter auch der demokratischen Republik rückwärtslos enthüllt, diese Verbindung, die freilich wieder eine Folge der Einheit der Arbeiterklasse gewesen ist — wir hatten niemals eine ernstzunehmende Gruppe links von uns! — ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der sozialdemokratischen Politik in der deutsch-österreichischen Republik geworden.

Freilich, wenn diese Politik den Prozeß der Verbürgerlichung der Republik und vor allem ihres Machtapparates auch hemmen konnte, ihn zu verhindern, war sie in dem vom Ausland besonders abhängigen Land nicht imstande. Wenn wir von Monat zu Monat immer deutlicher sehen, wie selbst die Sowjetrepublik, die allen militärischen Eroberungsversuchen der Konterrevolution trohen konnte, weil die ungeheure Weite des russischen Bodens ihr mächtigster Verbündeter war, der wirtschaftlichen Konterrevolution nicht zu trohen vermag, weil die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft auch über die weitesten Entfernungen siegen, so ist es selbst-

verständlich, daß die Stabilisierung des Kapitalismus auf Deutschösterreich nicht ohne Wirkung bleiben konnte. Dazu kommen die mannigfachen Schläge, die die Revolution in Mitteleuropa erlitten hat. Der Sturz der Kaiserherrschaft in Budapest und München, die kapitalistischen Friedensverträge, die Selbstzerfleischung der deutschen Arbeiterklasse, der Sieg des Faschismus in Italien — all diese Niederlagen des internationalen Proletariats haben auch in das Antlitz der österreichischen Republik bürgerlich kapitalistische Züge eingepreßt. Heute wäre es ein schwacher Trost, sich damit zufriedenzugeben, daß es in mancher Beziehung mit der politischen Kraft der österreichischen Arbeiterklasse noch immer besser bestellt ist, als in anderen Ländern. Gerade am zehnten Jahrestag der Ausrufung der Republik muß auch die österreichische Arbeiterklasse feststellen: es ist eine bürgerliche Republik, die in den Novemberkämpfen des Jahres 1918 entstanden ist, eine bürgerliche Republik, die die Arbeiterklasse unter dem Druck faschistischer Heimwehrverbände stellen will, um sie zu zwingen, der völligen Verbürgerlichung dieser Republik keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen. Wenn die Bürgerlichen, nachdem sie jahrelang den zum Staatsfeind erhobenen Geburtstag der Republik ignoriert haben, heute den zehnten Geburtstag der Republik möglichst feierlich zu begehen suchen, so wollen sie damit demonstrieren: es ist nun ihre Republik, die sie feiern, die Republik, beschmutzt mit dem Blute der neunzig Proletarier, die am 15. Juli 1927 in den Straßen Wiens niedergeschossen wurden, es ist ihre Republik, in der die großen Kapitalisten dank dem Bürgerblock heute viel unmittelbarer Einfluß auf die Politik haben als in der halbfeudalen Monarchie.

Darum begehrt die deutsch-österreichische Arbeiterklasse den zehnten Geburtstag der Republik nicht in der Feststimmung, die sich über den bloßen Bestand der republikanischen Ver-

fassung freut, ohne ihres kapitalistischen Inhalts gewahr zu werden. Nein, die österreichischen Arbeiter haben an der Festesfreude der Bürgerblockparteien keinen Anteil. Wenn die ganze Sozialdemokratie am 12. November auf einem der schönsten Plätze Wiens, auf dem Ring, zwischen dem Parlament und dem Gebäude des Wiener Stadtschulrats, dem Sitz der Wiener Schulreform, das von ihr geschaffene Denkmal der Republik enthüllt, da ist es kein republikanisches Denkmal an sich, vor dem die ganze Wiener Sozialdemokratie am Vormittag des 12. November zu hunderttausenden defilieren werden, sondern dieses Denkmal ist ein tiefes Symbol dafür, was die Republik dem Arbeiter bedeutet: drei Hermen mit den Köpfen Viktor Adler, Ferdinand Hanusch und Jakob Reumanns — das ist das Denkmal der Republik, das die österreichischen Arbeiter errichten. Viktor Adler, der die österreichische Sozialdemokratie zum Gedanken der Einheit erzogen und damit die entscheidende Grundlage für die sozialdemokratischen Erfolge in der Republik geschaffen hat, Ferdinand Hanusch, unter dessen Ministerkammer die sozialpolitischen Schutzgesetze erlassen wurden, Jakob Reumann, der erste Bürgermeister des roten Wien — das sind die Männer, in deren Wirken sich für die österreichische Arbeiterklasse der soziale Inhalt und die soziale Aufgabe der Republik symbolisiert. Indem die österreichische Sozialdemokratie mit diesem Denkmal die Republik an ihrem zehnten Geburtstag feiert, bekennt sie sich wieder zum Klassenkampf der Arbeiterklasse in der Republik, bekundet sie, daß sie die Republik als Kampfboden betrachtet, auf dem sie den Kampf um Arbeiterrechte, um den Sozialismus selbst mit verstärkter Energie aufzunehmen hat. Gerade in dieser Zeit, in der der Kapitalismus in der ganzen Welt stabilisiert ist, in der die Bourgeoisie auch die deutsch-österreichische Republik beherrscht, ist dieses Bekenntnis doppelt notwendig!

Bayerische Offensive gegen Weimar

Zugung der Reformauschüsse

Dr. Heide meldet bayerische Forderungen an

Antlitz wird mitgeteilt: Die durch den Verfassungsausschuss der Länderkonferenz am 24. Oktober eingeleiteten beiden Unterausschüsse traten am Sonnabend unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die Ausschüsse beschloßen einmütig, zunächst folgende Arbeiten in Angriff zu nehmen:

- I. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern. Im Zusammenhang damit sind zu erörtern: die Fragen der reichseigenen Verwaltung, der auftragswellen Verwaltung von Reichsaufgaben durch die Länder, der Eigenverwaltung der Länder einschließlich der Landesverwaltung kraft eigenen Rechts.
- II. Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern.
- III. Die Organisation der Länder (Landtage, Landesparlamente, Regierungen), unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich, und der Einfluß der Länder auf das Reich (Reichsrat).

Als Referenten wurden bestellt: zu dem Fragegebiet I: Reichsminister Roth, Weiser, Ministerpräsident Dr. Heide (Bayern), Staatspräsident Dr. Remmle, Ministerialdirektor Dr. Brecht unter Beteiligung des Landesoberhauptmanns Dr. Herion; zu dem Fragegebiet II: Dr. Bräuning, W. v. R., Reichsminister a. D. Dr. Hamm, Prof. Dr. Kawiafsky; zu dem Fragegebiet III: Ministerialdirektor Dr. Brecht, Ministerialdirektor Dr. Pöcksch-Heffter, Staatspräsident Dr. Solz, Bürgermeister Dr. Peterlen.

Es wurde in Aussicht genommen, die Referate bis zum ersten Drittel des Januar 1929 fertigzustellen.

SPD In der am Sonnabend in Berlin abgehaltenen ersten Sitzung des Unterausschusses der Länderkonferenz hat der bay-

rische Ministerpräsident Dr. Heide die Mitarbeit Bayerns durch Vorlegung einer Reihe von Wünschen und Vorschlägen über Änderung der Weimarer Verfassung angemeldet. Die Vorschläge stellen einen Gesetzentwurf zur Verfassungsreform dar und sollen zunächst den beiden Unterausschüssen als Material dienen. Sie beziehen sich im wesentlichen auf folgende Artikel und Abschnitte der Reichsverfassung:

Durch eine neue Fassung des Artikels 7 soll auf dem Gebiete der Fremdenpolizei die Zuständigkeit des Reiches beseitigt werden, außerdem soll das Fürsorge-, Gesundheits- und Veterinärwesen härter als bisher in den Landesverwaltungen anerkannt werden. In Artikel 8 sollen die Steuerquellen grundsätzlich neu ausgeschoben werden. Die direkten Steuern, besonders die Einkommen- und Körperschaftsteuern sollen den Ländern und Gemeinden zurückgegeben werden, ebenso soll die Verwaltung dieser Steuern auf die Länder übergehen.

Eine neue Fassung des Artikels 48 soll die Handhabung des Ausnahmeregimes primär in die Hand der Länder legen. Reichsorgane dürfen erst dann eingreifen, wenn eine Landesregierung ihren Verpflichtungen und ihren Pflichten nicht nachkommt. In Artikel 49 sollen die Begnadigungsrechte (Artikel 49) sollen Straffreiheiten sich nur auf solche Straffachen erstrecken, für die die Gerichte des Reiches zuständig sind.

Manngeschäft sind dann die Vorschläge zu den Artikeln 60 bis 77 der Verfassung, die alle auf eine Verstärkung der Zuständigkeit des Reichsrates abzielen, und noch zahlreicher diejenigen, die sich auf die Verfassungsabschnitte „Bildung und Schule“ sowie „Wirtschaftsleben“ beziehen.

Höhere Nahrungsmittelzölle!

Das deutschnationale Agrarprogramm

SPD Am Sonnabend und Sonntag tagte in Berlin der Landwirtschaftliche Reichsausschuss der deutschnationalen Partei, der längere Reden des neuen Parteivorsitzenden Eugenberger und des ehemaligen Reichsernährungsministers Sätze über die „Not der Landwirtschaft“ entgegennahm. Auch Graf Westarp ergriff das Wort zu Darlegungen, die sich im großen und ganzen von den Ausführungen seiner Vorredner nicht unterschieden. Es waren die typischen Reden, die von den Reichslandbündlern bei ähnlichen Gelegenheiten regelmäßig zum Fenster hinausgehalten werden. Sachlich wurde zum Thema „Agrarfrage und ihre Überwindung“ so gut wie gar nichts gesagt. Man unterließ die am Dienstag veröffentlichte Resolution des Ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrats, in der u. a.

die Erhöhung der Getreide-, Vieh-, Fleisch- und Ackerzölle und die völlige Abschaffung der zollfreien Gefrierfleischkontingente und die Pflichtvermehrung deutschen Getreides gefordert wird. Diese Resolution findet in weiten Kreisen der Landwirtschaft, insbesondere bei vielen Vertretern der landwirtschaftlichen Genossenschaften, scharfe Ablehnung, und der deutsche Bauer wird sich mit Verwunderung fragen, ob es wirklich der Tagung einer großen Organisation bedürfte, um die Unsinnsigkeiten des „Ständigen Ausschusses“ nachzuplappern.

Der Bauer im Lande muß wissen, daß man die deutschnationale Tagung am Sonnabend nicht inszenierte, um wirklich Wichtige zur Landwirtschaftspolitik zu sagen, sondern um die opponierenden Bauern bei der deutschnationalen Tagung aus, daß das parlamentarische System kein Verständnis für die Not der Landwirtschaft habe und es deshalb gelte, Einfluß auf dieses System zu bekommen. Das könne man nur durch die Parteien, und die richtige Partei ist nach Sätze eben die Deutschnationale Partei.

Den Vogel schloß auf der Tagung natürlich Eugenberger ab. Er führte u. a. aus, der Dawesplan habe den Bauern bis auf dem Hals ausgezogen; infolge des Dawesplan müßte der deutsche Bauer überhöhter Industriezölle und untragbare Zinsen zahlen usw. Selbstverständlich ist, daß sich Eugenberger in den größten Ausdrücken gegen die schwächende Reaktion aussprach.

Wir wollen Eugenberger nur daran erinnern, daß es die deutschen

Industriellen sind, die, nicht mit Rücksicht auf die Reparationszahlungen, sondern, um bis jetzt in der Wirtschaftsgeschichte noch niemals erreichte Profitquoten zu erzielen, die Preise für Industriematerialien überhöhen. Außerdem ist es die „marxistische“ preußische Regierung, die sich um eine Zinsenkung für die Landwirtschaft bemüht, während die deutschen Großbanken die Landwirtschaft mit überhöhten Zinslasten ausplündern.

Die Bauernpartei regiert

Kurswechsel in Rumänien

SPD Bukarest, 10. November.

Das Kabinett Maniu ist gebildet und am Sonnabend von dem Regentenschatzrat bekräftigt worden. Das Kabinett besteht ausschließlich aus Mitgliedern der Bauernpartei. Maniu ist Ministerpräsident. Das auswärtige Amt steht unter Leitung des Bauernführers Mironescu. Am Sonnabend um 17 Uhr wurde die neue Regierung von dem Regentenschatzrat im königlichen Palais vereidigt. Anschließend wurde der erste Ministerrat abgehalten.

Das Parlament wird bereits am Montag zusammentreten und ein Dekret des Kabinetts über die Auflösung von Senat und Kammer entgegenzunehmen. Die Neuwahlen sollen bereits am 9. Dezember stattfinden.

Kommunalwahlen in Schottland

SPD Aus den abschließenden Ergebnissen der am Dienstag abgehaltenen schottischen Kommunalwahlen geht — wie uns aus London gemeldet wird — hervor, daß die Arbeiterpartei insgesamt 40 Sitze gewonnen hat.

In London und in zahlreichen Provinzstädten von England und Wales erfolgten am Freitag die Wahlen der Oberbürgermeister und Bürgermeister. Es wurden nicht weniger als 30 Mitglieder der Arbeiterpartei in diese Ehrenämter, die in England rein repräsentativen Charakter tragen, gewählt.

„Regierungsstabilisierung“

Störemied Panzerkreuzer

Der sozialdemokratische Antrag im Reichstag: Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt, bringt nicht nur die rechtsradikalen Parteien in Aufregung, sondern auch die Parteien der sogenannten Mitte in arge Verlegenheit. Das Zentrum glaubte nach der Zustimmung der sozialdemokratischen Minister im Kabinett schon oben auf zu sein und versuchte, für die unverantwortliche Millionenausgabe ausschließlich die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Für das Zentrum und ebenso für die Demokraten war der einstimmig gefasste Kabinettsbeschluss ein guter Grund für eine demagogische Agitation gegen die Sozialdemokratie. Durch die unter dem Druck der sozialdemokratischen Parteimitglieder erfolgte Desavouierung der Minister und durch die Fortsetzung des entschlossenen Kampfes der Partei gegen den Panzerkreuzer sind die Hoffnungen der bürgerlichen Parteien gründlich zerstört worden.

Wie unangenehm für sie die Situation ist, in der sie durch den Vorstoß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gebracht worden sind, das ist aus dem Leitartikel der Germania vom Sonntag, dem 11. November, zu erkennen. Aus Äußerungen führender Zentrumspolitikler glaubten manche den Schluss ziehen zu dürfen, daß das Zentrum wahrscheinlich gar für den sozialdemokratischen Antrag, also gegen den Panzerkreuzer, stimmen werde. Bestimmten rechneten sie damit, daß die Zentrumspolitik sich nicht gegen ihn wenden werde. Aus dem Leitartikel klingen andere Töne. In ihm heißt es:

„Denn darüber herrscht doch wohl nirgends ein Zweifel, daß die politische Folge mit der Abstimmung über den Panzerkreuzer verknüpft sein können. Hatte man sich vorher nur darüber zu unterhalten, ob der Panzerkreuzer sachlich gerechtfertigt ist und entspannt sich um ihn ein Kampf auf geistiger Anschauung, jetzt hat man die Frage dahin verschoben, wo auf der einen Seite Prestige und auf der anderen Seite sehr realpolitische Erwägungen in den Vordergrund treten. Die Sozialdemokratie wird sich selbst darüber im Klaren sein, daß ihr Antrag aus parteipolitischen Not entstanden ist und daß kaum jemand Neigung haben dürfte, dieser Not die eigene Stellung oder die Sache, je nachdem man den Fall sieht, zu opfern. Es ist dem deutschen Parlament schwer klarzumachen, daß es ein Unikum ist, über Fragen zweiter Rangordnung zu streiten; wo Hindernisse fehlen, türmen wir sie nur zu häufig auf — und dann sind wir verwundert und erstaunt, wenn wir zu Fall gekommen sind. Wir warnen. Daß die Opposition rechts und links uns am Zeuge sitzen will, ist klar und auch erlaubt. Daß wir uns am Zeuge sitzen lassen, ist lediglich von uns abhängig. Wir wünschen, daß der Panzerkreuzer die glänzenden Ansätze zur Regierungsstabilisierung nicht stört und noch weniger zerstört.“

Damit deutet die Germania an, daß das Zentrum vorwiegend gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen wird. Erstens deswegen, weil es der sozialdemokratischen Partei nicht aus ihrer „partei politischen Not“ helfen will, und zweitens, weil es das deutsche Parlament nicht über „Fragen zweiter Rangordnung stolpern“ lassen möchte. Das heißt also, daß das Zentrum, das an dieser Regierung nur durch einen „Verbindungsmann“ beteiligt ist, die Regierung nicht in eine Krise bringen möchte, um die Sozialdemokratie noch weiter politisch belästigen zu können, und heißt weiter, daß es auch jetzt keine Parlamentsauflösung wünscht. Beides soll für den Fall, daß der sozialdemokratische Antrag Annahme findet, wahrscheinlich sein. Der Kriegsminister Gröner soll die Absicht seines Rücktritts bekanntgegeben haben und ebenso der Reichspräsident von Hindenburg die Absicht, den Reichstag in diesem Falle aufzulösen. Vor diesen Drohungen wird also die Zentrumspolitik des Reichstages zusammenzucken und endgültig in die Front der Panzerkreuzerparteien einrücken.

Für den Kampf, den die Sozialdemokratie um die dem Zentrum noch folgenden Arbeitermassen führt, ist das eine Klärung, die sich zuweilen doch günstig für unsere Partei auswirken muß — wenn sie sich von keinerlei Drohungen von rechts her beeinflussen läßt.

Die Germania im Dienste der Schwerindustrie

Eine Feststellung des Siegerwaldorgans

SPD Ein charakteristisches Beispiel für die Abhängigkeit der bürgerlichen Presse vom Unternehmertum lieferte am Freitag das Organ der christlichen Gewerkschaften, Der Deutsche. Das Blatt weist nach, daß sich das führende Organ des Zentrums, die Germania, in dem Kampf an der Ruhr immer und immer wieder auf die Seite der Arbeitgeber stellt und wickelt dann die Frage auf:

„Wegen die 100 000 Zentrumsarbeiter weniger als 2 oder 3 schwerindustrielle Aktionäre der Germania?“

Die Frage aufwerfen heißt, sie beantworten. Wenn die 2 oder 3 schwerindustriellen Aktionäre nicht im Aufsichtsrat der Germania sitzen würden und das Blatt unabhängig von schwerindustriellen Einflüssen wäre, dann würde es sich nicht auf die Seite der Unternehmer stellen und gegen einen großen Teil seiner eigenen Leser Front machen. Wie im Falle der Germania, so ist es überall. Die Arbeiter dürfen die vom Unternehmertum finanzierten Blätter für ihr Geld zwar lesen und unterhalten, aber Einspruch auf den Inhalt ihrer Zeitung haben nur die Aktionäre. Welch Wunder, wenn in einem Kampf zwischen Kapital und Arbeit gegen die Arbeiter Stellung genommen und nur den Interessen der Arbeitgeber das Wort geredet wird. Helfen kann hier nur eines! Heraus mit der bürgerlichen Presse aus den Arbeiterwohnstätten!

Polens Jubiläumsfeier

Ohne Beteiligung der Minderheiten

SPD Warschau, 10. November.

Am Sonnabendvormittag fand im Sejm eine Festigung des Parlamentes anlässlich des 10jährigen Bestehens des polnischen Staates statt. Jubiläum war der Feier ferngeblieben, da sie nicht allein seiner Person gelten konnte. Alle anderen offiziellen Veranstaltungen waren auf die Person des Reichspräsidenten als Befreier Polens zugewandt.

Die Festrede im Sejm hielt der sozialistische Marschall Dajczewski, der die Verdienste Jubiläums um die polnische Freiheitsbewegung hervorhebend, in einer formvollendeten Rede die Demokratie im neuen polnischen Staat als das oberste Gebot bezeichnet. Er schloß mit einem Hoch auf die Republik, der er nach innen eine demokratische, nach außen eine friedliche Politik wünschte, damit sie niemals mehr in staatliche Unfreiheit gelange.

Die Vertreter der deutschen, ukrainischen und weißrussischen Minderheiten waren der Festigung ferngeblieben. Auch die Arbeiterschaft hielt den offiziellen Feierlichkeiten kühl und teilnahmslos gegenüber. Die sozialdemokratische Partei und die agrarische Linke betrachtete als ihren Feindtag den 7. November, an dem im Jahre 1918 in Lublin eine Arbeiter- und Bauernregierung ausgerufen wurde. Sie hatten dementsprechend am 7. November eine Sonderfeier veranstaltet.

Das Durcheinander in der SPD

Ein Brief an das Effi

SPD In kommunistischen Kreisen zirkuliert der Wortlaut eines Protestbriefes, der im Zusammenhang mit der Thälmann-Affäre gegen den Beschlus des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale (Effi) geschrieben worden ist. Der bekannte günstige Wind hat uns ein Exemplar dieses sehr umfangreichen Briefes ins Haus geweht. Der Umfang macht allerdings notwendig, daß einige Kürzungen aus Raumgründen vorgenommen werden. Der Brief ist aus Hamburg, 27. Oktober 1928 datiert und beginnt folgendermaßen:

„Wir halten es für unsere Pflicht, den schärfsten Protest gegen den Beschlus zu erheben, den Ihr am 8. Oktober d. J. im Falle Thälmann-Wittorf gefaßt habt. Wir erblicken in diesem Beschlus eine schwere Schädigung der Interessen der Komintern und der russischen Revolution. Durch diesen Beschlus bedarf die leitende Körperschaft der Komintern öffentlich nachgewiesene Korruption in der Führung einer der wichtigsten Sektionen der Komintern. Ein Beschlus der leitenden Körperschaft der Komintern, der vorhandene Korruption in der Parteiführung bedarf, muß das Vertrauen der Parteimitglieder zur Führung der deutschen Partei und darüber hinaus das Ansehen der SPD und der Komintern in der Arbeiterklasse aufs tiefste erschüttern. Der Werkbrot des kommunistischen Gedankens wird dadurch ein furchtbarer Schlag verfehlt. Der vorliegende Beschlus wird, wenn er nicht korrigiert wird, notwendigerweise weitere schwere Fehler zur Folge haben und droht so in seiner Auswirkung nicht nur die deutsche Partei, sondern auch die Komintern völlig zu ruinieren. Denn der Fall Thälmann-Wittorf und seine Entledigung durch die Führung der SPD und der Komintern ist kein Zufall und kein Einzelfall. Er ist ein Symptom, ein besonders grelles, in die Augen fallendes Symptom einer tiefen Krankheit der SPD und der Komintern.“

Der Brief wendet sich nun zunächst dem Falle Thälmann direkt zu. Er bezeichnet die Effi-Behauptung, Thälmann habe von seinem Wissen um die Korruption nur deshalb geschwiegen, um während einer Aktion den Parteigenossen nicht Material zu liefern, als ein Rindermärchen, dem man nur die Tatsachen gegenüberstellen brauche, um die Wahrheit zu erkennen:

„Die Korruption in Hamburger Parteipartei, ihre Begünstigung und Deckung durch Thälmann datiert nicht erst seit diesem Jahre. Der frühere Sekretär des Hamburger Bezirks, Rudolf Lindau, hat bereits in den Jahren 1920/27

14 der engsten politischen Freunde Thälmanns wegen Korruption aus der Partei ausgeschlossen. So z. B. v. Borstel, Koppen, Rosenbach, Müller.“

Als Lindau aber an die allerengste Umgebung Thälmanns in Hamburg herankam, wurde er vom Jk. d. h. von Thälmann, a. b. berufen, und an seine Stelle trat Wittorf, der Held des letzten Hamburger Ständes, als besonderer Vertrauensmann von Thälmann. Bereits im August 1927 beging Wittorf eine Unterschlagung von 1500 Mark. Es steht fest, daß Thälmann von dieser Unterschlagung spätestens im Mai d. J. wahrscheinlich aber schon früher wußte. Trotzdem wurde dieser Wittorf

auf Druck von Thälmann hin gegen starken Widerstand in der Mitgliedschaft als Kandidat vorgeschlagen.

In der Sitzung der Hamburger Bezirksleitung beschuldigte Wittorf den Kaiserer Dehmel der Unterschlagung, die er selber begangen hatte. Dehmel wurde daraufhin seiner Stellung entzogen. Es ist eine feststehende Tatsache, daß dieser ganz ungewöhnliche Gaunerstreich Wittorf mit Wissen und Zustimmung Thälmanns verübt und trotz Kenntnis des wahren Sachverhalts durch ihn gegenüber dem Jk. gedeckt wurde. Thälmann schweigt weiter. Als er überführt war, äußerte er kein Wort über das Interesse der Partei, er wollte vielmehr für sich als Person um Gnade und äußerte nur die Befürchtung, daß der Partei durch den Verlust seiner Person als „Führer“ ein Schaden erwachsen werde.

Das Bild, das die Tatsachen zeigen, ist nicht das eines Partei-

führers, der im vermeintlichen Parteiliche. einen Fehler begeht, sondern das des Hauptes einer Clique von Parteibureaucraten, die sicher vor jeder Kontrolle durch die Mitgliedschaft, im Bewußtsein der Unantastbarkeit durch die Deduktion der Exekutive zu ganz gewöhnlichen Gaunereien herabfällt, von der einer den anderen bedarf, die ihre Gesellschafter auf gegenseitige Versicherung durch die linke Phrase verbrämt und jeden Versuch, den Kampf aufzudecken, mit einer Hege gegen „Rechts“ beantwortet. Diese Clique arbeitet mit ausgeprägten fraktionellen Methoden.

Der Brief wendet sich weiter gegen den Versuch, den Kampf gegen Korruption als ein Fraktionsmanöver der „Rechten“ zu bezeichnen, und fährt dann fort:

„Was Hansen forderte und was wir fordern, ist eine radikale Reform der Partei, aber auch der gesamten Komintern an Haupt und Gliedern. Denn der Fall Thälmann ist, wie schon gesagt, nicht zufällig, sondern das logische Ergebnis einer falschen Politik und eines falschen innerpolitischen Regimes. Die materielle Korruption, . . . ist nur die reifste Frucht einer falschen Politik, die die Partei von den Massen loslöste und isolierte und die innerhalb der Partei zu einer bureaukratischen Entartung, zum Fehlen jeder Kontrolle der Mitglieder über den Parteipartei führte. Seit den berühmten Moskauer Vereinbarungen nach der 9. Erweiterten Exekutive, die hinter dem Rücken der Parteimitglieder, ja hinter dem Rücken der Exekutive abgeschlossen wurden, schloß die offizielle Führung der Partei immer öfter einen neuen Maslow-Ruth-Fischer-Kurs in ihrer Politik ein. Bereits die Wahlen zeigten die weniger erfreuliche und sehr bedenkliche Tatsache, daß die kommunistische Partei bei ihrer heutigen Führung

nicht fähig ist, auf Rollen der Sozialdemokratie zu gewinnen, eine Bresche in die Position der Sozialdemokratie zu schlagen und das Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeiterklasse zu Ungunsten des Reformismus, zugunsten des Kommunismus, zu ändern.“

Der „katastrophale Ausgang der Panzerkreuzer-Kampagne“ gibt den Protestlern Veranlassung, die „politische Unfähigkeit“ der gegenwärtigen Leitung der SPD im einzelnen zu besprechen. Besonders wird ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie die Sozialdemokraten, anstatt sie zu spalten, noch fester vereint habe.

„Die notwendige Folge dieser falschen Politik ist die Stagnation und der Rückgang sowie die ungeheure Situation des Mitgliederbestandes der Partei. Und das in einer Situation, die alle Voraussetzungen für einen kräftigen organisatorischen Aufschwung der Partei enthält. Ein trasses Beispiel dafür ist der Zustand der relativ besten, der Berliner Parteioorganisation.“

In dieser ist die Zahl der abgerechneten Mitglieder in der Zeit vom Dezember 1927 bis zum Juni 1928 von 18 000 auf 12 000 zurückgegangen bei massenhaften Neuanmeldungen zur Partei.

Laßt sich nicht durch die „einstimmig“ gefaßten Beschlüsse in diesen Parteioorganisationen täuschen. Ihr dürft nicht auf die schauen, die mit den Händen für die vorgelegten Resolutions stimmen, sondern müßt auch jene betrachten, die mit den Händen dagegen stimmen, indem sie im Laufe der Jahre zu Hunderttausenden aus der Partei gelaufen sind.“

Die „Rechts“-hege, sagt der Brief weiter, richtete sich gegen diejenigen, die für die Gesundung und Reinigung der Partei eintraten. Dadurch würde aber nur bewiesen, daß die linke Phrase der ideologische Deckmantel für die Entartung der Bureaukratie und die Korruptionswirtschaft ist. Während rufen die Briefschreiber dem Effi zu: „Beharrt ihr auf eurem Beschlus zum Fall Thälmann-Wittorf, so bedeutet das, daß ihr den Weg zum Ruin der SPD und der Komintern beschreitet. Wir fordern von euch die sofortige Aufhebung des Beschlusses.“ Weiter fordern sie Wählbarkeit und Abschaffung der Parteifunktionsäre, Säuberung der Partei, Vorlegung des Thälmann-Materials und anderer Korruptionsfälle an die gesamte Mitgliedschaft, und schließlich Einberufung eines außerordentlichen Parteitag und Neuwahl des deutschen Jk.

Unterschiedet ist der Brief von A. Thalheimer, Paul Krüsch, A. Enderle, J. Walcher, A. Schreiner und Max Köhler.

Rund um den 9. November

Die „Gedenktage“ der andern

Die Wiederkehr des Jahrestages der November-Revolution von 1918 hat auch den verschiedenen „nationalen“ Vereinigungen, Gruppen und Gruppen Anlaß gegeben, der Novembertage in ihrer Art zu gedenken. Sie haben den Tag zu „Trauertagsgedungen“ und zu Demonstrationen für das alte zusammengeknüpfte und für das ersetzte neue deutsche Kaiserium benutzt. Wechselschiffen der Revolution und der Revolutionäre, der Republik und ihrer Führer bilden daneben den Hauptinhalt der nationalen Rundgebungen und der dabei gehaltenen mehr oder weniger schwungvollen Reden. Der Nationalratverband deutscher Offiziere forderte in einem Aufruf am 9. November die schwarzweiße Kaiserfahne mit Trauerfleur oder auf Halbmaße zu hissen. Die „nationalen“ Offiziere hoffen, daß die alte Kaiserfahne so jugkräftig sei, daß sich unter ihr alle um das neue — selbstständig monarchistische — Deutschland ringenden zum streitigen Kampfe sammeln werden. Die tomlischen Kräfte künftigen offenbar gar nicht, wie sehr sie, die doch 1918 trotz all ihrer Treuewürde ihren geliebten Wilhelm und das Kaiserium so jämmerlich im Stich gelassen haben, sich lächerlich machen, wenn sie heute den Kampf für das neue Kaiserreich ankündigen.

In einer weiteren Rundgebung protestierte deutsche Offiziersverband gegen Hönigs Ausruf an das Reichsbanner. In diesem Aufruf zum Eisenbahnerkampf hatte Hönigs davon gesprochen, daß das alte deutsche Kaiserreich und die deutsche Republik „untrennbar miteinander verbunden“ seien. Wer die Republik liebt, beschimpfe das alte Reich. Ob diese Gegenüberstellung vom Standpunkt eines Sozialdemokraten geschmackvoll ist, wollen wir nicht untersuchen. Fest steht jedenfalls, daß wenigstens neun Zehntel des deutschen Heeres den Krieg bis oben hinauf satt hatten und nicht mehr daran dachten, sich für Wilhelm und zur Ehre des deutschen Militarismus weiter abzuflachten zu lassen. An dieser Tatsache ändern alle Proteste der von den Soldaten millionenfach verfluchten wilhelminischen Offiziere nicht das geringste. Daran wird auch nichts geändert, wenn gelegentlich einer nationalen Rundgebung der Vereinigten Vaterländischen Verbände der Gemetallentant a. D. Wächter meinte, das Feldheer habe weiter kämpfen wollen, und sogar die lächerliche Behauptung aufstellte, Deutschlands Heer habe Ende 1918 „noch recht gute Aussehen“ gehabt.

In einem Aufsatz im Berliner Tageblatt hatte sich der Major a. D. Kurt Anter mit den damaligen Vorgängen im Großen Hauptquartier und mit den Vorbereitungen für die Flucht Wilhelms befaßt. Anter kam auf Grund der Feststellungen von Anzeigungen zu folgendem Ergebnis:

1. Weder Hindenburg noch Gröner haben den Kaiser zu der Flucht nach Holland veranlaßt, geschweige denn ihn dazu geraten. Die Wahrheit am 10. morgens ist erfolgt, ohne daß man sie vorher benachrichtigt hätte.
2. Was die höfliche Umgebung veranlaßt, den Kaiser auf den Gedanken zur Flucht zu bringen, war lediglich die Sorge um seine Person, nicht eine Rücksicht auf das Volk oder dergleichen.

Gegenüber diesen Feststellungen hält es der Reichspräsident von Hindenburg für notwendig, dem Publikum in Doorn beizubringen, indem er die folgende Erklärung veröffentlicht:

„In dem Aufsatz „Im Hauptquartier am 9. November“ der Nummer 531 des Berliner Tageblattes vom 9. November d. J. hat leider ein ehemaliger preussischer Offizier behauptet, daß seine Majestät der Kaiser und König in fluchtartiger Hast und lediglich der Sorge seiner Umgebung für seine Person nachgebend, nach Holland abgereist sei. Ich verweise demgegenüber auf die in Nr. 348 der Kreuzzeitung vom 27. Juli 1919 veröffentlichte gemeinsame Erklärung des Generaloberst von Welfen, des Staatssekretärs von Hinge, der Generale Jsch. von Marshall und Graf von der Schulenburg, sowie von mir. Aus dieser Erklärung geht einwandfrei hervor, daß der Entschluß des Kaisers auf meine und anderer Rat erst nach qualvollen Seelenkämpfen gefaßt und ausgeführt wurde, um die Fortsetzung des Krieges oder einen Bürgerkrieg zu vermeiden und dadurch dem Vaterlande Not und Elend zu ersparen.“

Besonders interessant ist, daß der Präsident der deutschen Republik seine Erklärung zur Ehrenrettung „Seiner Majestät“ in der Kreuzzeitung veröffentlicht, in dem Blatte, das an seinem Kopfe den Wahlspruch trägt: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!“ Im Übrigen wird es auch einem Hindenburg nicht mehr gelingen, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß der „oberste Kriegsherr des gemalten deutschen Heeres“ seine geflohen ist. Alle Krieger des alten und alle Vorkämpfer des neuen Kaiseriums kämpfen auf verlorenem Posten.

Französische Bombenflugzeuge für Rumänien

Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht das Blatt der Roten Armee eine Meldung über die Versorgung Rumäniens und Bolens durch Frankreich mit militärischen Ausrüstungsgegenständen. Frankreich habe nämlich an die rumänische Armee 24 Bombenflugzeuge geliefert. Auch an die polnische Armee würden Lieferungen von Frankreich aus vorgenommen. Die Lieferungen erfolgten auf Grund der militärischen Konvention, die zwischen den drei Ländern geschlossen wurden.

Ein Opfer des bolschewistischen Terrors

SPD Der Londoner Vertreter der Sozialistischen Partei Georgiens hat, wie uns aus London gemeldet wird, von der georgischen Grenze ein Telegramm erhalten, wonach der georgische sozialistische Führer Chrazidze im Alter von 65 Jahren in einem russischen Gefängnis, wohin er nach seiner Verhaftung in Tiflis durch die Tscheka verschleppt wurde, gestorben ist.

Verantwortlich für den reaktionären Text: Kurt Günther in Leipzig. Verantwortlich für den Inhalt: Hugo Schöps in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag, Mittelstraße 14, Leipzig.

Wollen Sie sich haken werden? Dann nehmen Sie Lauensteins veretabil. Reduktionsabietten und Tee (Garant- unerscholllich) Postversand nach auswärtig. Allein-vert: Konia-Salomo-Apotheke, Grimmsche Straße 17

Der heutigen Nummer liegt der Kinderfreund bei.
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten



Der Verbraucher muß beurteilen

weches die beste Butter ist.

Deshalb stellt sich „Erdbeer-Butter“ gern unter Sachverständigen-Gutachten. Der Preis derselben ist noch unverändert:

Mk. 1.25 für 1/4-Pfd.-Stück
„ 0.65



Allerfeinste, garantiert reine Naturbutter

Energos-Verkauf der „Erdbeer-Butter“, Kohlgartenstr. 1-3, Tel. 245 19 u 24952 - Stadtverteilungsstelle: Wlth. Dorn Zentralmarkthalle

Neues Theater.

Kugelhüßland, Neues Theater 2141
Montag, den 12. November 1928
Zentralmarktverteilung

ausgleich Verteilung für die Hauptstelle des

(1928)

Das Mädchen des Eremiten.

Reinhold Eger in 3 Akten, nach dem französischen

des Victorien Sardou, deutsche Bearbeitung von

G. Ernst, Musik von Hans Kralitz.

Musikalische Leitung: Wilhelm Schilling

Regie: Wilhelm Schilling

Personen: Zebastian, ein reicher Wälscher (Hans

Kralitz); Zebastine, seine Frau (Hilke Schilling);

Soren; Helene, Sorenns-Unterhändlerin (Hilke

Soren); Edwina, erler Nichte des Zebastian (Hilke

Soren); Kolo, ein armer Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Soren); Ein Wälscher (Hilke Schilling); Ein

Wälscher (Hilke Schilling); Ein Wälscher (Hilke

Staatspolitischer Lehrgang

(Politikpolitische Vortragsreihe)
in Leipzig im Weißen Saal des Zoologischen Gartens.
Veranstalter: Landesabteilung Sachsen der Reichs-
zentrale für Heimatdienst in Dresden

Montag, den 19. November, abends 8 Uhr:
Die politische Ideenfreiheit der Gegenwart. Vor-
tragender: Universitätsprofessor Dr. Heller, Berlin.

Donnerstag, den 22. November, abends 8 Uhr:
10 Jahre Sowjetrußland. Vortragender: Geheimrat
Steinow, Berlin. (Nach dem Vortrag Lichtbilder.)

Montag, den 26. November, abends 8 Uhr:
Frankreichs auswärtige Politik während der letzten
10 Jahre. Vortragender: Generalleutnant a. D.
Graf Montgelas, Berlin.

Mittwoch, den 28. November, abends 8 Uhr:
Nationalismus und Imperialismus der Vereinigten
Staaten von Nordamerika. Vortragender: Prof. Dr.
Jäckh, Berlin.

Die Vorträge beginnen pünktlich zur festgesetzten Zeit.
Sitzgebühr 2 RM. (einmalig für alle Vorträge).
Zu recht zahlreichem Besuch haben ergeben ein D. B.

Kauft deutsche Nähmaschinen

in modernen, geschmackvollen Ausstattungen.

Neu! Die Familiennäähmaschine mit Zickzack-Naht
der Nähmaschinen-Motor mit Nählicht

Ständige Nähschule kostenlos.
Reparaturwerkstatt

Zahlungserleichterung

„Deutsche Nähmaschinen“- Vertriebsaktiengesellschaft

Leipzig, Schützenstraße 21, Fernruf 11027
Spez.-Nähm.-Abt.: Augustenstr. 28, Ecke Dresdner Str.

Öffentliche Bekanntmachungen

Allgemeine Ratten- und Mäusevertilgung.

Nach der Gemeindepolizeiverordnung über die Bekämpfung der Ratten, Mäuse und Dackel vom 14. März 1928 haben die Eigentümer, ihre Stellvertreter und Beauftragten sowie die Pächter und Verwalter von Grundstücken aller Art jederzeit die angeordneten Maßnahmen zur Bekämpfung der in ihren Grundstücken auftretenden Ratten, Mäuse und Dackel zu treffen und sind insbesondere verpflichtet, sich an den von uns angeordneten allgemeinen Vertilgungen zu beteiligen.

Sonntag, den 17., und Sonntag, den 18. November 1928, wird hiermit eine allgemeine Ratten- und Mäusevertilgung angeordnet.

Alle Eigentümer, Pächter oder Verwalter von Hausgrundstücken, Fabrikanlagen, Gärten, Gärten usw., in denen Ratten oder Mäuse vorhanden oder in letzter Zeit auch nur beobachtet worden sind, werden hiermit aufgefordert, 3prozentige Phosphorlatwerg, auswirkende Pestizidpräparate, Zellulose oder sonstige bewährte Ratten- bzw. Mäusevertilgungsmittel an den genannten Tagen und zwar an geeigneten Stellen (in den Revisionsschächten der Grundstücksleitungen, Kellern, Wägen- und Abfallgruben, allem Mauerwerk, unter Gartenlauben usw.) so vorzüglich ausulegen, daß Dackel, Tiere und Vögel nicht gefährdet werden. Die Giftauslegung kann auch einem Kammerläger übertragen werden.

Gilt in den Apotheken oder denjenigen Drogeriehandlungen, die die Berechtigung zum Handel mit den in Frage kommenden Mitteln haben, von Ermachteten zu bestehen. Der Bedarf ist soweit es sich nicht um fertige Mittel handelt, bei der Verkaufsstelle vorher rechtzeitig anzusprechen. Bei giftigen Mitteln kann die Entnahme ohne Erlaubnischein erfolgen, wenn die Vertilgung in der Verkaufsstelle als zuverlässig bekannt ist; andernfalls ist ein Erlaubnischein im Neuen Rathaus, Gesundheitsamt, Zimmer 450, gegen Vorlegung des Wohnungs-meldescheines kostenlos zu entnehmen.

Die Mittel sind, soweit erforderlich, mit einer geeigneten Röhre zu versehen. Am zweckmäßigsten ist es, wenn die Ratten vor der Auslegung der vertilgungsmittel einige Tage lang durch Auslegung von ungeräucherten Ködern angeflutert werden. Die nach Ablauf der Bekämpfungstage noch vorhandenen Giftfänger sind durch stiefes Bergraben oder Verbrennen zu beseitigen.

Die Mieter haben die Maßnahmen in jeder Weise zu unterstützen, insbesondere ihre Keller aufzuräumen und den Giftlegern sowie den Aufsichtsbearbeitern den Zutritt zu gestatten.

Die Durchführung der vorstehenden Maßnahmen wird streng überwacht werden. Wegen Saumigkeit wird nach der Polizeiverordnung vom 14. März 1928 mit Geld- oder entsprechender Haftstrafe eingeschritten.

Es wird erwartet, daß den vorstehenden Forderungen schon im Interesse der allgemeinen Gesundheitspflege und in der richtigen Erkenntnis der großen Gefahren, die die Rattenplage in sich birgt, nachgekommen wird.

**Hat der Stadt Leipzig,
1. November 1928.**

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz, Fernruf 2141
Montag, den 12. November 1928
Zentralmarktverteilung

ausgleich Verteilung für die Hauptstelle des

Reinhardt von Sienkiewicz

Ein Schauspiel von Helmut Grottel
In Szene gesetzt von Hilma Aronowicz

Personen: Reinhardt von Sienkiewicz (Peter Brandt); Sienkiewicz I. (Hilke Schilling); Sienkiewicz II. (Hilke Schilling); Sienkiewicz III. (Hilke Schilling); Sienkiewicz IV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz V. (Hilke Schilling); Sienkiewicz VI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz VII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz VIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz IX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz X. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XL. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz L. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XL. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz L. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XL. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz L. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XL. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz L. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XL. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz L. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XL. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz L. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXXXIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XL. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz XLIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz L. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LV. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LVIII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LIX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LX. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXI. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXII. (Hilke Schilling); Sienkiewicz LXIII. (Hilke Schilling); S

Der Ausbruch des Aetna

WTB Catania, 11. November.

Das Aetna-Observatorium gibt bekannt: Infolge schlechten Wetters war es unmöglich, eine Erkundung des Flugzeuges über dem Ausbruchgebiet auszuführen.

Der Hauptstrom der Lava rückt weiter mit einer Geschwindigkeit von 5 Meter in der Stunde nach dem Meere vor.

Die Affäre Litwinow

SPD Paris, 12. November. (Radio.)

Im Verfolg der Klage, die das sowjetrussische Handelsamt auch bei der Pariser Justiz gegen die Ausgabe falscher Wechsel durch den Bruder des Volkskommissars Litwinow eingebracht hatte, hat die Pariser Polizei eine Anzahl von Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Eisenbahnkatastrophe in Galizien

35 Schwerverletzte, 6 Tote

SPD Berlin, 11. November.

Bei Stanislaw in Galizien fuhr durch die Unachtsamkeit des diensthabenden Verkehrsbeamten, der das Einfahrtssignal falsch gestellt hatte, ein aus Kolomea kommender Personenzug auf einen im Bahnhof haltenden Zug auf.

Der Aufprall hatte furchtbare Wirkungen. Die Lokomotive und einige Wagen des einfahrenden Zuges sowie zwei Wagen des haltenden Zuges wurden zertrümmert.

Tote — „leben“!

Dinge, die passieren . . .

Vor kurzem wurde, wie alle Zeitungen berichteten, gegen einen Mann verhandelt, der seine Stiefkinder ermordet hatte.

Vergangenen Sonntag begingen in einem Berliner Proletarierviertel Eheleute Selbstmord, andere sagen wiederum, der Mann hätte in einem Streite zuerst seine Frau tödlich verletzt und dann die Gashähne im Schlafzimmer geöffnet.

Warum die bürgerlichen Zeitungen von diesem Fall so wenig berichteten? Weil er in „besseren Familien“ gar nicht vorkommen kann, weil dort die Kinder nicht so sich selbst überlassen sind, wie es in Proletarierfamilien notwendig ist, weil dort . . .

Brandkatastrophe in einem russischen Kino. In Chodyn in Südrussland brach in einem Kino während einer Kindervorstellung ein verheerender Brand aus.

Berufungskalender

Montag, den 12. November 1928.

- Bund los, Freidenker, Ortsgruppe Paunsdorf, Gutsputz (Turnerheim), 20 Uhr.
Bund los, Freidenker, Ortsgruppe Modau, Rastkeller, 20 Uhr.
Zementfach- und deren Hilfsarbeiter, Volkshaus, 17,30 Uhr.
Metallarbeiter-Funktionäre vom Osten, Grüne Aue, 19 Uhr.

Dienstag, 13. November 1928.

- Maurer, Volkshaus, 19 Uhr.
Stetneträger, Volkshaus, 17,30 Uhr.

Hungerlöhne in Leipzig

Kommunale Wohlfahrtspflege muß Textilarbeiter erhalten

Vor einigen Tagen berichteten wir über die in der sächsischen Textilindustrie gezahlten niedrigen Löhne. Dabei waren Beispiele genannt aus den verschiedensten sächsischen Orten, Leipzig wurde dabei aber nicht erwähnt.

Es wurden uns die Lohnstreifen eines verheirateten und mit Kindern „gesegneten“ Arbeiters der Kammaruspinnerei Stöhr u. Co. übermittelt, deren Zahlen wir hier zusammenstellen:

Table with 3 columns: Stunden, Woche vom 23.-29. Juli, Woche vom 6.-12. August. Rows include Bruttolohn, Krankentasse, Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung, Abzüge insgesamt, Nettolohn.

In den beiden bezeichneten Wochen verdiente der betreffende Arbeiter also bei regulärer 48stündiger Arbeitszeit brutto 29,52

bzw. 30,48 M., netto 27,05 bzw. 27,86 M. Ironisch weist unser Gewährsmann darauf hin, daß der betreffende Arbeiter zur Zeit so „glücklich“ ist, 53 Stunden wöchentlich arbeiten zu können.

Der hier erwähnte Fall, der durchaus nicht vereinzelt ist, weist die Deffentlichkeit darauf hin, daß die Textilindustrie ihre Profite (Stöhr u. Co. zahlte zuletzt 6 Prozent Dividende) einheimst unter Arbeitsbedingungen, die die Erhaltung der Arbeitskraft zu einem erheblichen Teile der öffentlichen Wohlfahrtspflege überlassen.

Unser in der Fürsorge tätiger Gewährsmann hat ganz recht, wenn er in seiner Zuschrift an uns meint: wenn die Textilbarone erklären, daß Lohnerhöhungen für sie nicht tragbar seien, so ist dies dumme Frechheit oder frecher Hohn.

Die Lage im Westen

Die Haltung des DMB

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet:

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat am Sonnabend in seiner Beiratsitzung in Stuttgart deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er den amtlichen Schiedsspruch anerkennt und von diesem Standpunkt nicht abgehen wird.

SPD Hannover, 10. November.

Die geplante Entlassung von zirka 6000 Arbeitern des Peiner Walzwerks und der Isföhrer Hütte wird nicht durchgeführt.

Bermittlungs-Aktionen

SPD Bochum, 12. November (Radio).

Zu den zahlreichen Gerüchten über eine bevorstehende Vermittlungaktion zur Beilegung des Konfliktes in der Metallindustrie erfahren wir aus wohlinformierten Kreisen, daß Bemühungen von beider Seite zu einer Verständigung der Parteien schon seit längerer Zeit im Gange sind.

SPD Berlin, 12. November (Radio).

Der Regierungspräsident von Düsseldorf hat die am Konflikt im Ruhrgebiet beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Besprechung eingeladen.

Wissell als Medner zum Eisenkampf

SPD Anttila wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschloß sich am Sonnabend mit der durch den Arbeitskampf in der nordwestlichen Eisenindustrie geschaffenen Lage.

Ausgesperrte und Arbeitslosenversicherung

III Düsseldorf, 10. November.

Heute vormittag fand vor dem Spruchauschuß des Oberverwaltungsamtes Düsseldorf die Berufungsverhandlung wegen des Streikfalles, betreffend Zahlung von Arbeitslosenunterstützung an die Ausgesperrten, statt.

III Duisburg, 12. November.

Die Delegiertenkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes beschloß am Sonntag, die Auszahlung der sachungsgemäßen Unterstützung einzustellen, da sie davon Kenntnis erhalten habe, daß die von den Gewerkschaften gewährte Unterstützung auf die Unterstützung der Wohlfahrtsämter angerechnet werde.

der Kommuner werde getragen von allen Steuerzahlern, wozu auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gehörten, die nicht dafür bestraft werden dürften, daß sie sich gegen die Wechselkälle des Arbeiterlebens schlugen.

Zusammenstöße in Essen

WTB Essen, 11. November.

Vor dem Rathaus in Essen, in dem das Stadtparlament über die Unterstützung der Ausgesperrten beriet, kam es in den Spätnachmittagsstunden des Sonnabend zu einer Demonstration, in deren Verlauf ein Polizeimajor und sechs Beamte durch Steinwürfe verletzt wurden.

Tariffkampf im sächsischen Transportgewerbe

Man schreibt uns:

Neben den Tariffbewegungen in den Großindustrien scheint auch im sächsischen Transportgewerbe, unter welches weit über 5000 Arbeitnehmer fallen, ein Kampf bevorzustehen.

Weißer und schwarze Arbeiter

SPD Die Exekutive des Südafrikanischen Bergarbeiterverbandes hat den Beschluß gefaßt, für die Aufhebung der sogenannten farbigen Schranke einzutreten.

Dieser Beschluß hat eine große Bedeutung. Bisher hatten die weißen Arbeiter Südafrikas den farbigen Arbeitern gegenüber eine der europäischen Arbeiterkraft völlig unverständliche Haltung eingenommen.

Textilkampf in Indien

III London, 10. November.

In den Baumwollwebereien in Bombay ist es nach der Beilegung des mehr als viermonatigen Streiks wiederholt zu ersten Ruhestörungen gekommen.

Volkshaus Leipzig

Sozialgericht. Heute: Königsberger Klops 75 J. Samme Kisse mit Spatunde 49 J. - Morgen: Thüringer Topfbraten mit Kissen 1.10. Linien mit Rauchfleisch 10 J.

Das Dunkel um die Brüder Heitger

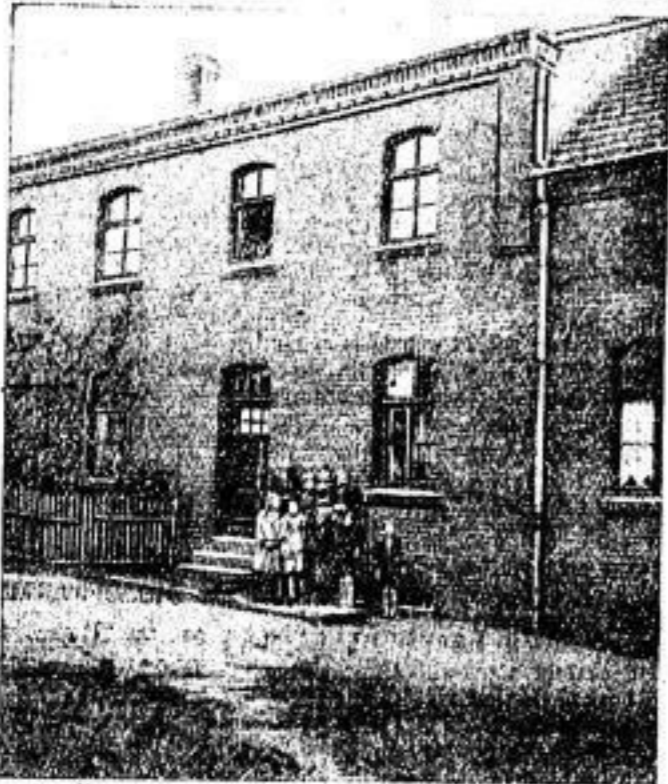
Weshalb wurden sie Verbrecher? — Ein Besuch in Alten-Essen

Die Brüder Heitger haben der Geschichte der Kriminalistik eine neue blutige Seite hinzugefügt. Dem Verdammungsurteil der einen steht die Heldenverehrung der anderen gegenüber — beides gleich gefährlich. Jene verurteilt, daß ein Teil der Mitschuld, an der Heitgers Toten auf die Welt fällt; diese, daß das Seelenlotus ihrer Helden mit jenen Menschenleben belastet ist. Wären die Brüder Heitger am Leben geblieben, so hätte man ihr Werden und Sein aus der Gerichtsverhandlung kennengelernt. Das Rätsel ihrer Wandlung von ehrbaren Arbeiterjungen zu „Banditen“ wäre vielleicht gelöst worden. Sie sind tot, das Rätsel bleibt und beunruhigt. So suchte ich ihre Eltern auf.

Die Bohlmannstraße

Gleich zu Beginn Alten-Essens liegt die Bohlmannstraße, eine Bergarbeiterkolonie der Jeché Helene. Links neben einem Hügel von Schlacke ragen die Schloten und die Gebäude der Jeché empor. Fast am Ende der Straße das Haus Nr. 10; hier wohnen die Eltern der Brüder Heitger, die Eheleute St. Der Stiefvater, ein braver Bergmann, ist nicht zu Hause, die Mutter liegt krank zu Bett. Eine Nachbarschaft besorgt die Wirtschaft. — Ob mein Besuch die Mutter nicht zu sehr aufregen würde? — „Dach.“ — „Wo ich Herrn St. finden könnte.“ — „Auf dem Friedhof; er bringt gerade das Grab der Söhne in Ordnung.“ Ich begab mich zum Friedhof. Auf der Straße spielten Jungen. — Ob mich nicht jemand begleiten möchte; ich fürchte, Heitgers Vater zu verfehlen. — Die Jungen bliden neugierig zu mir auf. — Ob sie die Brüder Heitger gekannt haben, frage ich. — „Natürlich.“ — „Wie waren sie denn?“ — „Sehr gute Burschen.“ — „Und haben jeché Menschenleben auf dem Gewissen!“ — „Ja, die Jungen schwiegen. Ein etwa achtzehnjähriger meinte aber: „Das ist eben unverstänlich; ich bin mit beiden Heiters zur Kirche gegangen; niemand konnte ihnen etwas Schlechtes nachsagen; sie waren immer solide.“ — Ich merkte, die Stimmung ist hier für die toten Brüder. Alle diese Jungen von 8 bis 18 Jahren bewahren ihnen ein gutes Andenken, ein gefährliches Andenken.

Der achtzehnjährige geleitet mich zum Friedhof. Auf dem Wege dorthin unterhalten wir uns eingehend über die Brüder



Das Haus in der Bohlmannstraße in Alten-Essen, in dem die Eltern der Brüder Heitger wohnen.

Heitger. Ich erhalte keine Klarheit; im Gegenteil: die Verbrecher der beiden scheinen mir jetzt noch unverständlicher.

Der Regen hat den Vater vom Friedhof vertrieben. Das Grab der Brüder Heitger, erst vor wenigen Tagen aufgeschüttet, steht vorläufig einsam da. Andere Gräber werden sich ihm anschließen. Kränze schmücken den Grabhügel. Zwischen ihnen drei Holzkreuze, von einem Unbekannten gestiftet.

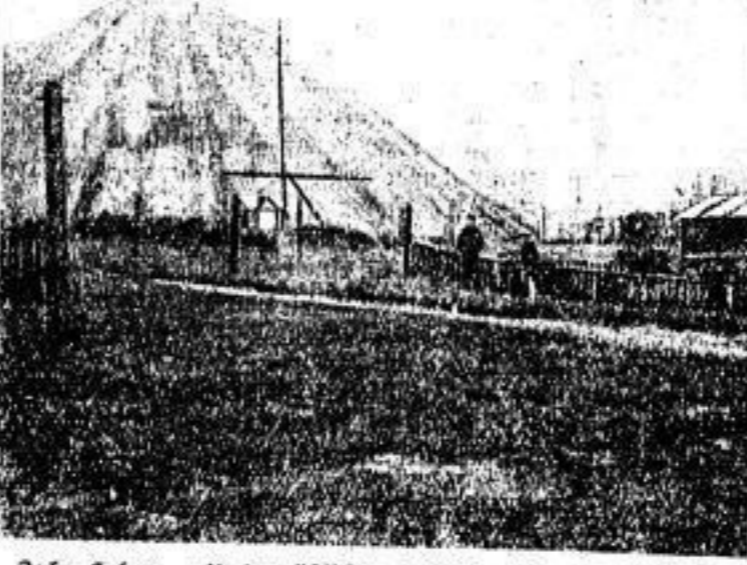
Der Vater und der Pfarrer

Auf dem Rückwege vom Friedhofe treffen wir den Vater. Beim Glase Bier schüttet mir der fünfzigjährige sein Herz aus. „Als guter Christ — ich bin kein Fanatiker“, sagt er, „ich besuche aber regelmäßig die Kirche.“ — „Sagt er sich in das Schicksal, das ihm befohlen. Eines kann er aber nicht verschmerzen — daß seine Söhne ohne Geistlichen beerdigt wurden, daß niemand für ihr Seelenheil gebetet hat.“ — „Ich bin beim Pfarrer gewesen“, erzählt er, „er kennt die Jungen von klein auf, er war ihr Seelenhirt, sie sind regelmäßig zur Beichte gegangen. Ich kam zu ihm und bat, meinen Söhnen den Gang ins Jenseits zu erleichtern. Er sagte: „Nein, ich habe meine Vorschriften, ich darf es nicht.“ — „Weshalb denn nicht?“, fragte ich, „der Johann hat doch vor seinem Tode gebetet und die letzte Delung empfangen. Seine Sünden sind ihm vor Gott vergeben und er ist als Christ gestorben. Der Pfarrer blieb aber hart; er wollte nicht bei der Beerdigung dabei sein.“ — „Ich bin ihm, er möchte dann wenigstens in der Kirche für ihr Seelenheil beten. Er meinte dazu, er würde eine stille Messe abhalten lassen. Da sagte ich, entweder hält er das Hochamt ab, oder ich will überhaupt nichts. So sind meine Söhne ohne Geistlichen beerdigt worden. Das verzehrt die ganze Gemeinde dem Pfarrer nicht. Als die Schwester im Krankenhaus mir die Beiseinigung überreichte, daß Johann vor dem Tode gebetet habe, da weinte sie. Der Professor, der ihn operiert hatte, sagte zu mir: „Ich hätte nie geglaubt, daß dieser Mensch so viele so tödlich fähig gewesen wäre, für jede Handlung hat er sich bedankt.“ Der Pfarrer wollte aber nicht für Johannes und seines Bruders Seelenheil beten. Waren sie nicht trotz alledem gute Katholiken? — Daß der Pfarrer mir das antun würde, habe ich nicht gedacht, als ich die Jungen aus Köln holte. Ein Teil meiner Ersparnisse ist draufgegangen. Mutter hatte gesagt: „Erfüllt du mir diesen Wunsch nicht, so verzehle ich dir da nie!“

Sie waren gehorsame Jungs

„Ja, für uns waren sie gute Söhne. Es ist einfach unbegreiflich, wie alles kommen konnte. Nie habe ich viel Geld bei ihnen gesehen. Und wenn ich sie einmal um ein paar Pfennige zu einem Glase Bier bat, so bekam ich von ihnen 30, 40 Pfennige, nicht mehr. Gingen sie mit ihren Mädchen aus — beide trugen sich mit ernstlichen Absichten — so gaben sie nicht mehr als 1,50 oder 2 Mark aus. Sie waren gehorsame Jungs. Noch bis zuletzt behandelte sie die Mutter als wären sie ihre kleinen Buben. Etwas eine Woche vor dem Grabbedeck Posttraub belamen sie von mir noch ein Stück über die Ohren. Als eines Morgens keine Kohlen in der Stube waren, die Jungen aber noch schliefen, da sagte ich sie aus den Betten und im Hemd holte der eine Kohlen, während der andere den Ofen heizte. Als die Mutter nach dem Grabbedeck Posttraub von der

Polizei vernommen wurde, sagte sie zu dem Kommissar: „Wenn sie meine Jungen erst hoden, so holen sie mich in meiner Gegenwart werden sie die Wahrheit sagen. Wenn die Polizei in Köln mich benachrichtigt hätte, daß sich der Hans in der Villa eingeschlossen hat, ich wäre zu ihm gegangen und er wäre, ohne ein Wort zu sagen, mir und der Polizei gefolgt.“ — „Glauben Sie nicht, daß es zu spät gewesen wäre, daß er sein Leben doch so teuer wie möglich verlaufen hätte?“ — „Das glaube ich nicht. Sie haben doch die



Jeché Helene mit der üblichen trostlosen Umgebung, in der Bergarbeiterkinder aufwachsen.

Briefe gelesen, die er noch während des Kampfes mit der Polizei geschrieben hat?

Der Gebrüder Heitgers Freund, Lindemann

„Aber sagen Sie mal, es scheint doch ganz unmöglich, daß ihre Jungen, wenn sie nur so gewesen wären, wie sie sie schildern, das alles getan hätten. Etwas muß doch in ihnen gefehlt haben.“ — „Das verstehe ich eben auch nicht. Der Lehrer hat erst vor kurzem ihre Zeugnisse durchgesehen. Ihre Führung war stets vorzüglich. Auch nach der Schulentlassung haben sie fleißig gearbeitet — Heinrich auf der Jeché Helene, Johann als Friseur usw. Dann kam die Arbeitslosigkeit; Hans ist mit dem Lindemann auf Wanderschaft gegangen; unterwegs hat er wohl gearbeitet und sich auch als Friseur Geld verdient. Als sie dann Friseurereisende wurden, habe ich sie letztere gesehen.“ — „Das alles genügt mir aber nicht zum Verständnis.“ — „Vielleicht war es auch schlechte Gesellschaft. Als wir in die Bohlmannstraße zogen, war der Leitere 16 Jahre, der jüngere 13 Jahre alt. Sie freundeten sich mit Lindemann an. Sein Vater war Teiler und behandelte die Kinder wie ein Barbar. Der Junge sahnte sich zu Hause nicht wohl und so kam er immer zu uns. Wir mißfiel das. Meine Frau sagte aber: „Daß ihn doch, zu Hause hat er auch keine Ruhe.“ Eines Tages fand ich sie alle drei im Stall oben auf den Ballen sitzen und Kriminalgeschichten zu lesen; sie hatten einen ganzen Haufen da; an Stelle eines Dachziegels hatten sie Glas eingelagert, um besser sehen zu können. Dieser Lindemann hat es nirgends ausgehalten und überall geklaut. Ich will ja weiter nichts Schlimmes über den Lindemann sagen, mein Sohn hat ihn ja noch vor seinem Tode in Schutz genommen.“ — „Und die Gesellschaft der Hildiges, den Verwandten meiner Frau, bekam den Jungen nicht gut...“

Dämonen?!

Der brave Bergmann, der sein Leben lang auf der Jeché gearbeitet hat, ist kein Finnhologe; den Schlüssel zum Seelenleben seiner Söhne besitzt er nicht. Blieb noch eine Möglichkeit: ein Blick



Das Grab der Brüder Heitger auf dem Friedhof Alten-Essen.

in die Häuslichkeit der Eltern. — Von der Wohnküche gelangte ich in das Schlafzimmer. Auf dem Tische neben dem Bett der lebenden Frau St. stehen Heiligenbilder, ein Kreuzbild und Photographien ihres ältesten Sohnes; ein Zeitungsauschnitt, auf dem er noch lebend zu sehen ist; ein anderer, der seinen Kopf nach dem Tode zeigt — ein strenges Gesicht. Ich möchte einige Briefe von den Söhnen haben. Mein Wunsch regt die Mutter auf. „Nein, nein, ich habe nichts mehr von ihnen, sie haben sie mir nach zurückgegeben!“ Ich beruhige sie, verspreche, alles wiederzubringen. Wie alle Mütter, so spricht auch diese von ihren Kindern gut. Bevor ich das Haus verlasse, sehe ich mich noch in der Schlafkammer der Brüder um. Es ist ein gut hergerichteter bürgerliches Zimmer mit Spiegelschrank, Waschtisch, nebeneinander liehen, den breiten Holzbetten, Chaiselongue und Nachtisch. In einem der Schubfächer finde ich ein kleines Notizbüchlein, in das der ältere Heitger Gedichte hineingeschrieben hat; es sind Liebesverse, nicht schlecht und sehr sentimental. Aus einem anderen Schubfach hole ich „Die Dämonen“ von Dostojewski. Ja, Dämonen waren es, die in den Brüdern Heitger gehaust haben — ohne daß sie es wußten, ohne daß ihre Umwelt es merkte. Dämonen, die ihnen und ihrer Umgebung zum Verderb geworden...

Der Besuch bei den Eltern der Brüder Heitger ist ergebnislos geblieben. Das Rätsel ist nicht gelöst. Man kann wohl psychologische Betrachtungen darüber anstellen, auf welche Weise sie sich in ihre Verbrechen verrannt haben mögen und nicht mehr zurückgekommen — es werden aber bloß vage Vermutungen sein. Helden sind sie jedenfalls nicht gewesen; ihre Toten waren eher ein durch soziale Umstände verursachter Rückschlag ins Sozial. Die Kulturschicht des modernen Menschen ist leider noch immer nur allzu dünn.

Leo Rosenthal.

Mohammed und seine Frauen

Wechseltrieb und Harem

Die Vielweiberei wird jetzt langsam in der Türkei abgeschafft. Vor allem sind moralische Gründe hierfür maßgebend, so wird wenigstens offiziell behauptet. In Wirklichkeit scheint diese ablehrende Einstellung im Zeitalter des modernen Kapitalismus, der auch die Türkei zu erobern beginnt, etwas zu kostspielig zu sein. Nur mehr ganz reiche Menschen können sich den Luxus der diversen Ehegattinnen leisten. Es scheinen aber Fälle vorzukommen, in denen auch Angehörige der „gewöhnlichen“ Stände einen Harem nicht missen können.

In Berlin suchte man seit ungefähr zwei Wochen einen Orientalen, der zahlreiche Geschäftsleute durch Anwendung des Wechseltriebs schädigte. Er mochte die Geschichte höchst einfach und doch äußerst geschickt. Er ging zwecks eines kleinen Einkaufs in einen Laden und zahlte mit einem Hundertmarktschein. Da er sich dabei sehr unbeholfen anstellte oder — richtiger gesagt — so tat, als hätte er von den deutschen Geldsorten keine Ahnung, war die Sache etwas kompliziert. In dem ganzen Rummel des Erklärens und Erläuterns, während sich das ganze Geschäft um ihn bemühte, gelang es ihm in fast allen Fällen, einen oder mehrere Geldscheine zu klauen. Dieser Tage erreichte ihn sein Schicksal: Er hatte nämlich einen hiesigen Bäckermeister bei dem Wechsel eines Hundertmarkscheines wiederum um zwanzig Mark geprellt und entfernte sich schlussendlich aus der Gegend. Der Bäcker merkte erst den Betrug, als es schon zu spät war. Am nächsten Tage ging der Meister zu einer Großverkaufsgesellschaft, um Bestellungen zu machen. Kaum betrat er den Laden, sah er schon seinen Mohammed an der Ladentische stehen, er gab dem Kassierer einen Wink, trotzdem gelang es aber dem Orientalen, wiederum einen Zwanzigmarkschein zu erlangen. Sobald er aber das Geschäft verlassen hatte, setzte sich das Bäckerlein mit dem Mann an der Kasse in Verbindung, dieser merkte den Betrug und jeht eilten die beiden Schicksalsgefährten dem Manne nach, trafen ihn noch an der nächsten Ecke, packten ihn am Kragen, versetzten ihm voll teutonischer Fröhslichkeit eine „Tracht Prügel“ und lieferten ihn dann der bei Polizei ein.

Jetzt kommt logischerweise der Schloffer, das Interessante an der ganzen Geschichte: Am nächsten Tage erschienen drei Ehefrauen, begleitet von fünf Kindern, und reklamierten den teuren Ehegatten. Drei Ehegattinnen! Es ist zu viel, viel zu viel! Der arme Mohammed ist in gewissem Sinne auch ein Opfer des Kapitalismus. Die schlechten Zeiten gestatteten ihm nicht mehr den Harem, er konnte aber seine Pflichten nicht lassen, sich noch nicht an die neue Zeit gewöhnen, deswegen wandert er ins Kitzchen... Armer Mohammed! Was werden Dir aber Deine drei Sultanas sagen, wenn Du wieder herausgelassen wirst? Wird es da Bewährungsfrist geben?

Revolutionsfeier in Moskau

D.-E. Moskau, 8. November.

Die Feier des 11. Jahrestages der bolschewistischen Revolution wurde zwar mit demselben Zeremoniell gefeiert wie in früheren Jahren, doch trat unverkennbar eine gewisse Zurückhaltung im Gesamtcharakter der Festlichkeiten hervor, wie sie sonst nicht zu bemerken war. Schon die äußere Ausschmückung der Stadt Moskau war sparsamer als im vorigen Jahr. Besonders auffallend ist die Reserve, die man sich hinsichtlich der Reden auferlegt hatte. Statt der erwarteten langen Reihe von Kundgebungen der Regierungs- und Parteiführer gab es in der traditionellen Festigung des Moskauer Sowjets nur eine Festrede des Bildungsministeriums Lunatscharski. In dieser wurde die Außenpolitik fast gar nicht erwähnt, nur die Frage der Kriegsgesfahr kurz gestreift. Im übrigen konzentrierte er sich auf die innere Lage und wandte sich gegen die Feinde des Sowjetismus, die von wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine nahe Veränderung des Regimes erhoffen.

Auch bei der großen Parade übten Regierung und Partei eine ähnliche Zurückhaltung, und die sonst üblichen Reden vor der Parade fielen fort, wobei es bezeichnendes Aufsehen erregte, daß die traditionelle Ansprache eines Vertreters der Komintern unterließ. Der Sowjetpräsident Kalinin hielt eine kurze Rede. Die Weltrevolution, auf die bei dieser Gelegenheit sonst immer besonders ausführlich eingegangen wird, ist in diesem Jahre kaum erwähnt worden, die Reden der Demonstrationszüge zeigten nur wenige Lösungsworte dieser Art. Ueberhaupt wurden Hinweise auf die Außenpolitik in den Ansagen vermieden. Im ganzen kann man sagen, daß in diesem Jahr das Festen des revolutionären Pathos mit entsprechenden Reden der Feier eine besondere Färbung gab. Am Vorabend des Festes fanden vor fast allen Päden große „Schlangen“. Auf diese Erscheinung gehen auch einige Sowjetblätter ein; diese Ansammlungen seien weniger durch wirklichen Warenmangel zu erklären als durch die „psychologische Einstellung“ der Massen.

Reaktionskurs in der Tschechoslowakei

J. B. Die tschechoslowakische Regierung hatte schon vor längerer Zeit ein Erscheinungsverbot des kommunistischen Zentralorgans Rudé Právo ausgesprochen. Das Blatt protestierte damals gegen das Verbot, alle gerichtlichen Instanzen beschäftigten aber der Regierung im Sinne des Verbotgesetzes das Recht, ein zeitweiliges Verbot zu erlassen. Die Regierung hat nun nach einigem Zögern von diesem Recht Gebrauch gemacht und die gesamte Auflage des Rudé Právo ebenso wie des kommunistischen Abendblattes vom 29. Oktober ohne nähere Angabe von Gründen beschlagnahmt. Am nächsten Tage wurde dann dem Blatte eine Mitteilung zugestellt, daß es auf die Dauer eines Monats verboten sei, ebenso das Abendblatt. Als die Kommunisten ihr bisheriges Wochenblatt als Ersatz für die eingestrichelte Zeitung herausgeben wollten, wurde auch dieses verboten, ebenso hat man das in Brünn erscheinende Blatt Koonost auf einen Monat eingestellt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die übrigen kommunistischen Blätter der Einstellung anheimfallen.

Uebrigens ist auch am 28. Oktober das Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie, der Sozialdemokrat, dem Stijf des Zerfalls verfallen, der eine durchaus sachliche Kritik sowie ein Gedicht beschlagnahmt. Die nahezu ganz weiße erste Seite des Blattes kündete deutlicher als der späteste Artikel, wie die Demokratie im zehnten Jahre des Bestandes der Republik beschaffen ist.

Zusammenstoß zwischen Reichsbanner und Kommunisten. In Neufallen kam es am Donnerstagabend nach Schluß einer Versammlung der RW zu einem Zusammenstoß zwischen verschiedenen Versammlungsteilnehmern und Teilnehmern eines gerade vorüberkommenden Reichsbannerzuges. Dabei wurden drei Reichsbannerleute verletzt. Vier Personen, die angeblich keiner Partei angehören, wurden zwangsgewaltig.

Das feine Cocos-Speisefett

Nur echt mit dem Namenzug Dr. Schlink

Die Konzentration im September

Von Dr. Kelly Croner.

Im

Zinkbergbau

Oberschleifens ist es kürzlich zu einer neuen Konzentration gekommen. Die Schleifische A. G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb in Lipine (Schleif) in Ostoberschleifens hat einen Vertrag mit der Société des Charbonnages Mines et Usines in Sosnowice abgeschlossen, der ihr den Betrieb der Zinkgruben dieser polnisch-iranzösischen Gesellschaft für 30 Jahre sichert. Durch diese Erweiterung der Erzkasse rückt die Schleif an die erste Stelle unter den ober-schleifischen Zinkproduzenten; mit einer künftigen Erzeugung von 5900 Tonnen übertrifft sie nämlich den bisher größten Konkurrenten, die polnische Giesche-Gesellschaft, die nur ungefähr 4800 Tonnen jährlich produziert. Für die große Aktivität der Schleif, die erst im Frühjahr d. J. die Zinkbetriebe von Hensel-Donnermarkt an sich gebracht hat, spricht die ihre Beteiligung an der vor kurzem erfolgten Gründung einer metallurgischen Gesellschaft in Belgien, die unter Führung der Société Générale und unter Mitwirkung verschiedener belgischer Werke vor sich ging.

Metallhandel

Beendet sich seit 1924 in einer Dauerkrise. Er hat die führende Stellung, die er vor dem Kriege am Weltmarkt einnahm, nicht wiedergewinnen können und hat sogar im Inland einen heftigen Kampf mit den ausländischen Konkurrenten zu führen. Die Umsätze sind heute viel geringer, die Zahl der Unternehmungen aber immer noch größer als vor dem Kriege. Dazu kommt, daß die Metallhütten sich bemühen, den Handel auszuscheiden und bereits in diesem Verkehr mit den metallverarbeitenden Werken getreten sind. Das hat wiederum viele Metallhändler bewogen, sich selbst industrielle Betriebe, vor allem Metallhütten anzuschließen, wodurch die Überkapazität in diesem Fabrikationszweig noch weiter erhöht worden ist. Die Folge all dieser Schwierigkeiten waren zahlreiche Zusammenbrüche im Metallhandel und in der Metallhüttenindustrie (bedeutendste Ergebnisse der letzten Zeit Krupp's, Tieckens Eibam). Auch hier scheint man neuerdings in der Konzentration einen Ausweg aus der Krise zu sehen, wofür folgende Beispiele charakteristisch sind. Die Hüttenwerke Tempelhof u. Meyer wurden vor einigen Monaten stillgelegt, sollen jetzt aber wieder in Betrieb genommen werden, und zwar nach Zusammenfluß mit zwei anderen Werken, den von den Metallhändlern Schöner und Dreifus kontrollierten Hüttenwerken Niedererschönweide u. G. und dem Hüttenwerk Trotha, das den Kölner Metallhändlern Lissauer u. Co. gehört. Alle drei Werke, die in eine Gesellschaft eingetragt werden sollen, stellen annähernd dieselben Produkte her (Mischzinn, Kupferzinn, Rotzinn, Schmelzmetalle, Raffinadepulver) und verfügen über moderne Anlagen und großen Grundbesitz. Ein Vorteil wäre aber durch den Zusammenfluß trotzdem nur zu erzielen, wenn die Leistungsfähigkeit mit dem eingeschränkten Bedarf in Beziehung gesetzt würde.

In der

Schwerindustrie Luxemburgs

Ist in letzter Zeit eine Besitzergreifung vor sich gegangen, die in einen Zusammenhang mit anderen Ereignissen der letzten Monate gebracht werden muß, um ihre große Bedeutung für die deutschen und alle kontinental-europäischen Stahlindustrien zu verdeutlichen. Ein Aktienpaket der Arbed ist auf dem Umwege über eine deutsche Bankfirma in den Besitz der Société Générale in Brüssel übergegangen, der größten belgischen Bank. Dieses Paket soll der bisherigen Beteiligung der zweitgrößten belgischen Bank, der Banque de Bruxelles, nahekommen, vielleicht übertrifft es sie sogar. Das bedeutet, daß die Arbed zum Kampfabjekt zwischen den beiden, seit den Fusionen vom Anfang d. J. in besonders scharfem Wettbewerb stehenden belgischen Finanzgruppen werden soll. Der Aktienkauf durch die Société Générale stellt keinen zufälligen Akt dar, vielmehr ist er nur ein Glied in der Kette dieser Transaktionen, die die Bank seit ungedächtem Jahre unternimmt, um einen belgisch-luxemburgischen Stahltrust zustande zu bringen. Die belgische Stahlindustrie war — im Gegensatz zu den hochorganisierten Industrien ihrer Nachbarländer Deutschland, Frankreich, Luxemburg — bis vor einigen Jahren wenig konzentriert. (Sie bildete daher stets ein Hemmnis für die Fortentwicklung der Internationalen Rohstoffgemeinschaften für Verkaufsgemeinschaften.) Seit 1927 aber ist eine einheitliche Gruppe geschaffen worden, teils durch Auslösung zweier bedeutender Stahlwerke, Société John Cockerill und der Société Minière et Metallurgique Alliance-Monceau, durch den größten Eisen- und Stahlproduzenten, Société an. Dugrée Marbais, teils durch die Einflußnahme der Société Générale auf Cockerill und zwei andere große Gruppen, La Providence und die Société an. d'Angleur-Arbus. Diese imponierende Kombination, die ausdrücklich als Grundlage eines belgischen Stahltrusts geschaffen wurde, steht außerdem im Zusammenhang mit dem zweitgrößten belgischen Hüttenkonzern Sibir — dem ehemals luxemburgischen

Beitz der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft — sie wird nämlich außer von einem französischen Industriellen von einem Direktor der Société Générale und dem Präsidenten der Dugrée Marbais geleitet. Der erfolgreiche Feldzug von Dugrée Marbais und der Société Générale, die nunmehr alle wichtigsten belgischen Hüttenwerke kontrollieren, die bereits ihre Hand auf die wichtigsten Kohlenbergwerke Belgiens gelegt haben und eine Kapitalkraft von vielen Hunderten von Millionen Frank besitzen, mußte sich verhängnisvoll auf die Arbed auswirken, die bisher zweitgrößter Stahlherzeuger Europas. Zwar versuchte die Arbed ihrerseits, in der belgischen Schwerindustrie Fuß zu fassen, alle größeren Konzerne verhielten sich aber ablehnend, sie konnte sich nur zwei kleinere Gesellschaften anschließen, so die Laminoids et Boulonniers du Ruan in Monceau am Juli d. J. und die Maschinenfabrik Ateliers du Thiriau in La Croix. Die erst der Gruppe Dugrée Marbais und Société Générale gemeint war, zeigen die Mehrheitstämpfe um die Arbed, die deren Aktien in wenigen Tagen von 3000 auf 4000 Prozent hinauftrieben und den Einbruch der Société Générale trotz aller Hindernisse ermöglichten. Die kommenden Wochen müssen zeigen, ob die beiden führenden Banken Belgiens sich friedlich über das zukünftige Schicksal der belgischen und luxemburgischen Schwerindustrie einigen können oder ob der Kampf hart auf hart weitergeführt werden soll.

Aus der

Verkehrsmittelindustrie

Sind viele und interessante Umgruppierungen zu berichten. In der Autoindustrie stehen augenblicklich im Vordergrund des Interesses die Vereinigten Fahrzeugwerke A. G. Redars u. M., die seit Anfang dieses Jahres Sanierungsbedürftig sind. Die Ursache dafür liegt in der Verbindung mit den Droschkengeschäften der ehemaligen Schebera, die durch Jakob Schapiro vor zwei Jahren mit der NSU fusioniert wurden. Schapiro besitzt durch die Gesellschaften Randerhardt, Panzer und Charlottenburger Kraftfahrzeug A. G. ungefähr 1200 Droschken von insgesamt 9000 zugelassenen Taxis in Berlin. Die NSU, die selbst einen ganz guten Geschäftsgang aufzuweisen haben, sind durch die Aufspaltung der Droschkenbetriebe und verschiedener Grundstücksabtretungen Schapiros ruiniert worden. Unter dem Druck der an NSU beteiligten Banken — Dresdner, Deutsche, Commerz- und Privatbank, Disconto-Gesellschaft — entschloß sich Schapiro jetzt endlich zur Wiedergründung des Schapiros; er nimmt nämlich nicht nur die Autofabrikation der beteiligten Unternehmen gegen Zahlung von 20,4 Millionen Mark zurück. Da er nicht in der Lage ist, sofort eine so große Summe flüssig zu machen, streift ihm das Bankensyndikat, das so seinerseits an der verschleierten Lage in der Autoindustrie nicht unerschuldlich ist, gegen ausreichende Deckung die Mittel vor. Diese Mittel reichen aber zur Sanierung der NSU nicht aus. Sie erfolgt durch Zusammenlegung des Aktienkapitals von 12 auf 2½ Millionen Mark. Nach der Zusammenlegung wird das Aktienkapital wieder heraufgesetzt, und zwar auf 10 Millionen Mark. Fünf Millionen davon übernehmen die Turiner Fiat-Werke in Gemeinschaft mit der Dresdner Bank. Zwischen der NSU und diesem größten italienischen Automobilkonzern soll eine technische und kapitalmäßige Zusammenarbeit stattfinden. Auch aus einer zweiten wichtigen Position wird der Einbringung Schapiros wieder verdrängt: Er hatte im März d. J. einen ansehnlichen Aktienposten (14 bis 18 Millionen Mark, d. h. ¼ bis ⅓ des Aktienkapitals) der Daimler-Benz-Fabrik an sich gebracht und bildete damit ein weiteres Hindernis für die von den Großbanken beachtete Bildung eines deutschen Autotruffs. Die Banken haben zwar kürzlich die ihnen zustehende Optionsfrist auf die Daimleraktien um ein Jahr bis Oktober 1929 verlängert, doch ist das nur ein formaler Akt. Tatsächlich beliehen sie das Paket mit 90 Prozent (d. h. höher als dem augenblicklichen Kurswert entspricht), so daß Schapiro sich als ausgekauft betrachtet und sein Desinteresse an dem weiteren Schicksal der Daimlerwerke erklärt hat. Eigentlich hätten also die Banken die so langgeheute Freiheit in den ausschlaggebenden Aktienposten erlangt — die Familienbetriebe haben sich von vornherein ablehnend verhalten —; nichtsdestoweniger haben sie vorerst die Verzinsungspläne aufgegeben, weil sie jenseit mit der finanziellen Reorganisation verschiedener Autofabriken zu tun haben.

Eine interessante Kombination ist von der führenden Firma in deutschen

Karosseriebau

vorgenommen worden. Die Ambi-Budd-Fabrikwerke G. m. b. H. haben ein Aktienpaket der Automobilfabrik Adler vorm. Heinz Kleyer, Frankfurt am Main auf gekauft. Die Ambi-Budd-Fabrikwerke, die selbst erst seit zwei Jahren bestehen und die Patente der amerikanischen Firma Edward Budd erfolgreich auswerten, besitzen seit den vor einigen Monaten erfolgten Angliederungen der Gottfried Lindner A. G. und der Karosserieabteilung der Deutschen Industriewerke ein fast völliges Monopol für Massenfertigung von Karosserien. Daneben existieren nur noch die entsprechenden Abteilungen von Daimler, Opel und Brennar, die nur für eigenen Bedarf fertigen, und einige unabhängige Fabriken für Luxuskarosserien. Die Ambi-

Budd-Werke fürchteten wahrscheinlich, daß sie bei den geplanten weiteren Verschmelzungen in der Autoindustrie die Adler-Werke als Abnehmer verlieren würden, was sie durch die jetzt erorbene Sperrminorität verhindern zu können glauben.

Das amerikanische Kapital betätigte sich aber auch noch auf anderem Wege in der deutschen Automobilindustrie. Im Oktober hat die achte ausländische Gesellschaft einen Montagebetrieb in Deutschland angelegt, nämlich die Graham-Walige Motors Corp. in Neuporf. Diese haben einen Teil der stillgelegten Waggonreparaturanlagen der Ambigruppe in Johannisthal gemietet, um dort ihre Autos montieren zu lassen und an den billigeren Löhnen in Deutschland profitieren zu können. Auch in der Auto-Konsumfinanzierung ist neuerdings ausländisches Kapital eingebracht worden. Die Deutsche Automobilbank, deren Umsatz in den letzten Jahren circa 74 Millionen Mark betrug, wollte ihr Kapital, das zu dem Geschäftsumfang in gar keinem Verhältnis mehr stand, von 1 Million auf 4 Millionen Reichsmark erhöhen. Da die deutschen Banken sich ablehnend verhielten, verkaufte sie die Hälfte ihres Aktienkapitals an die N. V. Holländische Discontoeeringsbank, die gleichzeitig die ganze Kapitalerhöhung übernahm und damit sieben Achtel des Kapitals der Automobilbank besitzt.

In der

Fahrradindustrie

Ist es zu einer Konvention zwischen 18 Markenfabriken gekommen, die die Größe der Produktion, Preise und Lieferungsbedingungen gemeinsam mit den Fahrradhändlern regeln soll.

Außer ihnen montieren Ford in Köpenick bei Berlin, General Motors in Borsigwalde, Chrysler in Tempelhof, Wlilps-Oberland gemeinsam mit der englischen Firma Croxley in Adlershof, Hudson-Essex in Spandau, Studer & Bafert in Hamburg, seit kurzem Durant in Spandau.

Nationalisierung der Landwirtschaft

Das Programm des Reichsernährungsministeriums

Im Berlin, 7. November. Der Reichsernährungsminister, Herr Dietrich, hat heute angekündigt, daß die Mittel des Roten Programms zur Unterstützung der deutschen Landwirtschaft, für das im Frühjahr dieses Jahres unter Herrn Schiele ein Betrag von 80 Millionen Mark bewilligt worden war, Ende dieses Jahres aufgebraucht sein würden. Das Reichsernährungsministerium beabsichtigt, in Zukunft, also ab 1929, für den gleichen Zweck auf lange Sicht zu leisten und für die Landwirtschaft in jedem Jahresetats 20 Millionen Mark anzufordern, vorläufig für 5 Jahre bis Ende 1934.

Diese Gelder sollen, was Herr Dietrich aber nicht gesagt hat, in der Hauptsache zur Nationalisierung und Automatisierung landwirtschaftlicher Betriebe dienen. Daß als Empfänger dieser Unterstützungsgelder für die gesamte deutsche Landwirtschaft vornehmlich die Großgrundbesitzer berücksichtigt werden sollen, geht aus daraus hervor, daß die Verteilungsschlüssel unter bevorrechtigter Mitarbeit der Landmaschinen- und Traktorengesellschaft aufgestellt werden soll. Den Vorsitz dieser Gesellschaft hat der frühere Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Herr Hagedorn inne, der außer seiner Aufsichtsratsstelle und eifrigen Beteiligung in der Rentenbank auch Vorsitzender anderer großer, mit Reichsmitteln arbeitender agrarischer Gesellschaften ist, so der Reichsgetreidegesellschaft, der Reichsmilchgesellschaft, der Landwirtschaftlichen Ueberwachungs- und Schlichtungsausschüsse und des ungeheuren Wälderkonzerns. Herr Hagedorn ist also heute eine der mächtigsten Personen der deutschen Landwirtschaft, d. h. bei ihm des Großgrundbesitzers.

207 000 Feiertage im Ruhrbergbau

Die Ruhrkohlenförderung hat im Oktober gegenüber dem Vormonat eine wesentliche Steigerung erfahren, was mit sich eine Zunahme des Absatzes verknüpft. Die arbeitsfähige Förderung wird mit 371 000 Tonnen angegeben gegenüber 365 000 Tonnen im September. Die RoK's-erzeugung steigerte sich von 80 800 auf rund 81 000 Tonnen. Leider konnte sich die günstige Entwicklung im November nicht fortsetzen. Durch den Ausfall in der Eisenindustrie ist im November schätzungsweise eine Verringerung der Kohlenförderung von 11 bis 12 Prozent eingetreten. Naturgemäß werden davon die reinen, die mit keinem Hüttenwerk verbundenen Zechen weniger betroffen als die Hüttenzechen. Wie katastrophal sich die Lage entwickelt, geht aus folgenden Schätzungen hervor: Im Monat Oktober mußte der Ruhrbergbau rund 207 000 Feiertage einlegen. Die Zahl der Feiertage in der ersten Novemberwoche allein dürfte aber etwas weniger als 207 000, schätzungsweise 202 000 bis 205 000 ausmachen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werbt neue Leser für die Volkzeitung!

Eodom und Gomorra

22) Roman von Carl Colbert.

Copyright by Drei Masken Verlag, München/Berlin

„Hob ich Sie drum g'raut?“ war der Bescheid. Es war die Art, wie Innerhuber die Dienste seiner Vertrauensleute anerkannte. Es verpflichtete zu nichts und hinderte Wünsche, sich unbescheiden zu entsalten.

Wie leichter war der zweite Teil der Verhandlung. Bei Prof'nier waren diplomatische Kunstgriffe der alten Schule nicht notwendig. Die Kriegslösung der Mittelung, daß der andere Teil die Sache wünsche, konnte, ja mußte, entfallen. Haberellner trug den Plan mit gewinnender Offenheit als seinen eigenen vor, entspringen aus der Erwägung der beiderseitigen geschäftlichen Vorteile; auf der anderen Seite die ins ungelohnte gewachsenen Unternehmungen, viel zu groß für die Arbeitskraft und — wie er mit militärischer Nebenständigkeit erwähnte — die Kapitalkraft des Einzelunternehmers, auch des bedeutendsten. Auf der anderen Seite die gesteigerte Möglichkeit, die Innerhuberschen Werke mit denen der Bank zu verschmelzen. Einem weniger geschäftstüchtigen Manne hätte er, um die Form zu wahren, auch ein paar Worte vom Zusammenpassen der jungen Leute, vielleicht sogar von Liebes- und ehelichem Gefühl gesagt. In diesem Falle unterließ er es. Dagegen schien es ihm angebracht, kurz die Vorurteilslosigkeit des Hauses Innerhuber in Fragen des Glaubensbekenntnisses zu betonen.

Als diese Unterredung zu Ende war, blieb dem Professor nur noch eines zu erledigen übrig: Innerhuber zu verständigen, daß Prof'nier bereit wäre, sich die Ehre der Verschmäderung zehn Millionen Kronen und eine Verwaltungsratsstelle für Herren Gaston Innerhuber leisten zu lassen. Von den zehn Millionen sollte die Hälfte bar, die andere durch Guthaben einer Einlage im Bankhaus Theodor Manersfeldt & Co. bezahlt werden. Bei der Geburt des ersten Kindes war die Einlage in den Geschäftsanteil des offenen Teilnehmers Sebastian Gaston Innerhuber umzubuchen. Ausbedungen wurde ferner eine Widerlage zugunsten der Frau Raub Innerhuber, geborenen Prof'nier, von fünf Millionen oder vielmehr deren Gegenwert in Dollars; und der Eintritt des Herrn Gaston Innerhuber als offener Gesellschafter in das Haus Sebastian Innerhuber & Sohn mit einem Anteil von vierzig vom Hun-

der. Für den Fall der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sollten dem Herrn Gaston Innerhuber die auf einen Anteil von vierzig vom Hundert entfallenden Rechte und Vorteile, ferner die Stelle eines Vizepräsidenten des Verwaltungsrates gesichert sein. Mit der Ausarbeitung des Ehevertrages sollte der Rechtsanwalt der Herren Innerhuber beauftragt werden; jedoch behielt sich Prof'nier vor, den Rest... der Bank zu Rate zu ziehen.

Der Kommerzialrat nahm diese Vorschläge mit dem gewohnten Schweigen entgegen. Er werde sich die Sache durch den Kopf gehen lassen. „Wann man die Antwort erwarten dürfe?“ Er versprach, es ihn wissen zu lassen; ebenso, wie er sich im Falle der Einigung die Formlichkeiten der Verlobung sowie der Sicherstellung der Mitgift usw. denke. Endlich müsse er auch die Meinung des Sohnes hören.

Die Antwort kam schon tags darauf. Der Herr Kommerzialrat sei mit dem Vorschlag einverstanden, berichtete der Sekretär durch Fernruf, bis auf die Widerlage, die überflüssig sei, da Herr Gaston selbstverständlich Universalerbe wäre. Falls darauf nicht eingegangen würde, wäre die Sache erledigt; sonst werde der Herr Kommerzialrat seinen Sohn beauftragen, um die Hand des Fräuleins anzufassen. Den Zeitpunkt der öffentlichen Verlobung festzusetzen, behalte er sich vor, falls er sich nicht für die Heirat ohne Verlobung entscheide.

XL

Melanie Prof'nier und Freiherr von Stoppenberg.

Zwischen Stoppenberg und Frau Melanie Prof'nier herrschte Verwirrung, seitdem aus dem Munde seiner Heirat mit Raub nichts geworden war. Als sie seine Enttäuschung in ihrem ganzen Umfange wahrgenommen, hatte sie in ihrer Angst vor dem geliebten Tyrannen ihm nicht die volle Wahrheit gesagt, hatte ihm verschwiegen, daß sie es nie wieder wagen würde, ihrem Manne damit zu kommen. So war ihm die Hoffnung auf die reiche Heirat nicht ganz genommen worden; dies geschah erst, als die ausschweifende Bemerkung Innerhubers das Gespräch der Großindustrie, der Bank und ihrer Zeitungsleute sowie der Klubs bildete und so auch ihm natürlich nicht länger verborgen bleiben konnte. Mit Tobensangst wartete Melanie auf die unvermeidliche Auseinandersetzung. Was dem schwächlichen Weibe sonst als Beweis seiner Liebe galt,

die Schläge mit der aristokratischen Hand oder der Reittpeitsche standen ihr dieses Mal als Vorzeichen des Abbruchs fürchterlich bevor.

Aber die Auseinandersetzung kam nicht. Schrecklicheres schien sich vorzubereiten. Unenträgliches Kälte und Gleichgültigkeit waren die Vorzeichen, tagelanges Weigeln, und wenn er dann kam, eine Höflichkeit, die sie zur Verzweiflung brachte und ihm offensichtliche Genugtuung bereitete. Sie ertrug es nicht länger, weinte, bat, versuchte es mit erregten Ausdrücken. Er blieb kalt, setzte ihm Tränen und verzweifelte Worten kaum verhaltenen Haß entgegen. Das Einglas ins Auge stummend, ganz preußischer Garbesoffizier und gar nicht mehr Liebhaber, leckte er ihrer Eifersucht ein Leugnen entgegen, das ohne jeden Zweifel eine Bestätigung war. Er gab ihr zu verstehen, wie sinnlos ihre Forderung ewiger Treue sei; was sie dazu sagen würde, wenn ihr Mann es von ihr verlangte? Und der Liebhaber sollte sich verlassen müssen, was die Gattin als selbstverständliches Recht in Anspruch nehme? Wenn sie fluchte, daß er ihr wenigstens sage, wer es sei, ihr den Trost der Hoffnung schenke, daß es nur ein Seitenpruna, nichts Ernstes sei, nannte er keinen Namen; aber mit brutaler Grausamkeit gab er ihr zu verstehen, daß er nicht gewohnt wäre, sich wegzumerzen; er prüfte, bevor er wählte, dessen möge sie ohne Sorge sein.

Sie ertrug die Unwissenheit nicht länger, wandte sich an das Stubenmädchen von erprobter Gewandtheit und Treue, aber es kam dahinter, daß sie ihn auspähen ließ, und es gab einen fürchterlichen Austritt. So schrecklich war es, daß sie, durch Furcht mutig geworden, mit ihm brach, ihm das Haus verbot; lieber wollte sie an ihrem Herzleid zugrunde gehen, als sich solches gefallen lassen. Er versprach ihr, daß sie es bereuen werde; sei er nicht der Mann, der seine besten Jahre vergeude, um sich dann, wie ein Reittnecht, der der Gnädigen keine Freude mehr macht, wegzulassen zu lassen. Mit dem Ueberbleibsel seiner Freuden mühte sie mehr als zufrieden sein; wenn sie aber Abwechslung wünsche, dann — tatsächlich stellte er das Entweder-Oder hin: sie möge die offene Rechnung begleichen oder er werde selbst dafür sorgen.

Nichts half, nichts stimmte ihm um, keine Bitten und Klagen. „Was soll ich anfangen wenn du mich verläßt?“ rief sie händereingend, die rotgeweineten Augen in Verzweiflung auf ihn gerichtet.

(Fortsetzung folgt.)

Der Eisenkrieg im Westen

Zwei Fronten, habt acht! Arbeiter wach!

Sie haben das Erz, ihr seid das Herz. Ihr steht an Eisen von Schwaben zerfressen...

Profeten wollen den Hunger stillen!

Die Böse für die Kapitalisten, die Hungerpeitsche für Sozialisten!

Ihr Herz ist aus Stahl, ihr Gott das geheiligte Kapital und das heiligste der Sakramente die Dividende.

Wir hunderttausende Hochöfenhelden lassen euch melden:

Unsere Front ist aus Eisen! Wir schwächen das Heer der Verdammten zusammen. Wir schüren die Flammen...

Biel Hunderttausend stehen auf Wacht!

Das Eisen ist stärker als Gold! Hört, wie's in Schacht und Hütten grollt!

Julius Zerfas

Vor zehn Jahren

Erinnerungen des Genossen Jobana aus der Zeit, die sich groß voran.

IV.

Der Sogenkoch

(Eine Geschichte für Feinschmecker.)

Unser Herr Leutnant (immer noch derselbe) war eigentlich gehalten, im Kommandantur-Kasino zu essen, Vergeltung, zu 'speisen'.

Also wußtgemerkt, im Frühjahr und Sommer 1918, als unsere Front zusammenbrach, weil wir keinen Mannschafserhalt mehr stellen konnten...

Dieser Feldwebel nun rühmte mir öfter die geradezu wunderbare Zubereitung der Speisen durch den Koch. Ganz besonders schwärmte er von den Sogen!

Die Entstehung einer solchen Soße ging folgenderweise vor sich: Der Koch zerließ eine Handvoll (etwa 200 Gramm) reine Butter in einem 4 Liter fassenden Topf...

Im Sommer 1918 wurde das Fleischfleisch so knapp, daß wir einmal für 10 Tage nur 125 Gramm pro Kopf erhielten. Das reichte gerade für eine Mahlzeit, an den anderen Tagen gab's Büchsenfleisch.

Berwicken wir noch einen Augenblick bei diesem Punkte und rechnen wir folgendes Exempel: auf einen Kopf der Abteilung entfielen 90 Gramm Büchsenfleisch, eine Büchse hatte 1800 Gramm Inhalt...

Die k. v. Kreuzgen.

Es hat lange gedauert, bis mir die häufig gehörete Vermutung, bei den militärärztlichen Untersuchungen würden Schiebsungen gemacht (eine Verdächtigung, an die ich aus Hochachtung vor dem Arztstand nie glauben wollte)...

In unserer Genesungsabteilung bestand folgender Brauch, in

den mich eines Tages der Feldwebel schmunzelnd einweichte: Allmonatlich wurden alle Leute der Abteilung vom Kommandanturarzt untersucht. Das Namensverzeichnis, das der Arzt dabei als Unterlage benutzte, wurde vorher vom Feldwebel mit Geheimzeichen versehen.

Ich habe daraufhin diese Untersuchungslisten mehrmals nachgeprüft und gefunden, daß der Arzt ausnahmslos den Zeichen des Feldwebels entsprechend entschieden hatte! — Und wodurch hatten sich manche Kameraden das k. v. verdient?

Dieses Geschichtchen ist kurz, aber ich denke wohl eindrucksvoll. Wenn es nicht gefallen hat, der mag es noch einmal lesen.

Die Zukunft der Leipziger Museen

Leipzig benötigt für sein Bildermuseum und sein Kunstgewerbemuseum neuer Direktoren, da das nicht gerade glückliche Direktorat Professor Grauls über beide Museen in nächster Zeit beendet sein wird.

Leipzig benötigt für sein Bildermuseum und sein Kunstgewerbemuseum neuer Direktoren, da das nicht gerade glückliche Direktorat Professor Grauls über beide Museen in nächster Zeit beendet sein wird.

Welmehr, als alle die spekulativen Erwägungen zur Behebung der vermeintlichen Krisis der Museen, umt der uns die Direktorenswahl überhülleten in ihren Ausführungen, hätten uns klare Stellungnahmen zur Leipziger Situation interessiert, und programmatische Erklärungen, wie sie sich eine brauchbare Museumsarbeit in Leipzig vorstellen.

Auch die letzten Andeutungen, über die möglichen Auswirkungen eines Generaldirektorats, des zu einem sogenannten Kulturmuseum einanderergeschmolzenen Bildermuseums und Kunstgewerbemuseums, eröffneten schon so schreckliche Perspektiven, daß keine Argumentation für die als opportun gedachte Zusammenlegung für den Kunstfreund mehr gelten kann.

Warum überhaupt dieser Ideenauflauf, an einer Erscheinung zu hegen, die immer bestand, und die man plötzlich als eine Krisis zu deuten beliebt. Schließlich ist es zu allen Zeiten so gewesen, daß nur ein Bruchteil der Menschen Interesse für die Werte der bildenden Kunst hatte, und ich kann mich nicht erinnern, daß vor dem Kriege die Besucherzahl in den Museen erheblich größer gewesen wäre als heute.

Also alle Gründe sprechen für zwei voneinander unabhängige Museumsdirektoren, die für das Bildermuseum und das Kunstgewerbemuseum zu wählen sind. Ihre Aufgaben sind einfach und schwer zugleich: vernünftig ankaufen und gut hängen. Diese scheinbar selbstverständlichen Forderungen lehren aber bei den Direktoren eine lebendige Beziehung zum Schöpferischen und höheres Qualitätsgefühl voraus.

Max Schwimmer.

Kleine Chronik

Zum Tode Battistini. Mit dem fast zweihundertjährigen Matillo Battistini starb vielleicht der größte Vertreter italienischer Gesangskunst aus den letzten Jahrzehnten. Er war Opernbass, die hohen Baritonrollen Rossinis und Verdis, aber auch Mozarts Don Giovanni (Don Juan) zeigten ihn im größten Glanz.

„Geschäft“ von Hans Meißel in Dresden. Die „Aktuelle Bühne“ im Rahmen des Staatlichen Schauspielhauses in Dresden, brachte als erste Frucht ihres Suchens nach zeitgenössischen Bühnenwerken die Komödie „Geschäft“ von Hans Meißel heraus.

Ein Massenpiel „Revolution“ in Chemnitz. In Chemnitz gruppierte sich die von Tausenden besuchte Revolutionsfeier der Sozialdemokratischen Partei um eine zündende Ansprache des Genossen Max Adler.

Ein Herbstkonzert zu Ehren Franz Schuberts veranstaltet am 17. November, 20 Uhr, im Sächsischen Hof (L. Schönefeld) der Männer- und Gemischte Chor „Hoffnung“ (D. V. S.) in Schönefeld.

Neues Theater. Hermann Hans Wehlers Oper „Die baskische Venus“, deren Uraufführung am 18. November stattfindet, ist in den Hauptrollen mit Fanny Cleve, Marga Dannenberg, Lotte Dörwald, Ebla Maslanko, Hans Ekmann, Max Spilker und Fritz Jöhkel besetzt.

Gastspiel der Reinhardt-Bühnen, Berlin-Wien. Die am nächsten Sonnabend als Gastspiel der Reinhardt-Bühnen stattfindende Aufführung von Goethes „Iphigenie“ (bearbeitet und inszeniert von Richard Beer-Foamann) ist neben Helene Thimig als Iphigenie wie folgt besetzt: Ullrich Hörbiger (Thoas), Fritz Dellius (Orakl), Alfred Kolmer (Palades), Herbert Gernot (Arkas).

Filmkchau

In dem amerikanischen Film Das gottlose Mädchen führen zwei Jugendliche darüber Streit, ob es einen Gott gibt oder nicht. Am Ende kommt das atheologische Jungmädchen wieder zum Gottesglauben zurück. Also religiöse Propaganda? Ja, zweifellos, und der Regisseur Cecil de Mille hat sie in fast allen seinen Filmen getrieben.

Strauß' netter Walzer. Geschichten aus dem Wiener Wald muß wieder einmal dazu herhalten, die Unfähigkeit und Verlogenheit der Filmproduzenten zu überlektieren. Vielleicht sehen diese Leute, wenn sie in Wien nur eine Stunde über die Körntner Straße gehen, genau so wie wir, daß sich hier die trübseligste Bettlerarmut im Schatten eines prächtigen Luxus hinschieben muß.

Richt sehr bedeutender, aber ungleich lustiger, manchmal sogar mit wirklichem Humor gespickt ist das Lustspiel Heut' war ich bei der Frieda um den bekannten Schlagher herumgeschrieben. Hier hat man sich wenigstens bemüht, mit guten Schauspielern ein paar belachenswerte Typen zu schaffen, Figuren der „guten“ Gesellschaft, leicht karikiert gezeichnet. Margarete Kupfer z. B. als Kommerzienrätin gehört in jede gutgeleitete Schlingelade. (H. T. Hainfranz.)

Hl.



Das neue Haus der Mirag

Ein Gang durch die Grimmsche

Auf der Grimmschen Straße, aber auch sonst wo in Leipzig, kannst du sehr aufschlussreiche Charakterstudien anstellen. Zum mindesten tanzt du dort dem Geheimnis auf die Spur kommen, warum denn wir Deutsche in der ganzen internationalen Welt so tief im Verzug besonderer Ueberheblichkeit oder böoartiger Rücksichtslosigkeit stehen. Vorerst freilich sei festgestellt, daß diese so anziehend menschenfreundlichen Eigenschaften durchaus nicht deutscher Monopollust sind. Ueber die Großmütigkeit des Zeländers ärgert man sich, soweit die angelsächsische Junge reist, während die Ausdrucksformen provenzalischen Selbstgefühls in ganz Frankreich belächelt werden; und daß man auch in Italien das — Verzeihung! — den Mund zu ansehlicher Sperrweite aufzureißen verliert, ist nicht erst seit Mussolinis Rinnbadenübungen bekannt. Den einzelnen gebildeten Deutschen, den guten Deutschen — gut nicht im Sinne Dinters oder Jugenbergs! — vermag man übrigens auch in der Welt draußen von den Schwertfressern und arroganten Einbildungen sehr wohl zu unterscheiden.

Aber zurück zur Grimmschen und ihren Leipziger Schwertfressern! Du überkreuzest eben den sehr belebten Straßenübergang zum Neuen Markt; hast im Gefühl gerade noch den Raum für deinen bescheidenen Korpus vor dir frei — gewiß springt dir einer, hoch, blond, breitschultrig, mit glattrasierten Hängewangen, vor die Fußspitzen, um früher als du auf dem Fußsteig zu sein, und du müdest taumelnd zurücktreten. Du gehst weiter, plötzlich spürst du dich von einer festen Hand beiseite gelassen; einfach beiseite! Ein selbstbewußter Leipziger Germane wollte eben vor dir weiterkommen. Da rennt dich ein Entgegenkommender mit Ellenbogen und Schulter an, daß dir Hören und Sehen vergehen müßten; meinst du, die dich verdrängende Furchigkeit wüßte auch nur eine Miene der Entschuldigung? Bah! Er will eben den Raum, den du ihm gerade verstellst. Du willst in die „Sechser“ einsteigen oder vom Wagen herunter, hast schon den Fuß auf dem Trittbrett oder die Hand „am linken Griff“; bestimmt folgt einer vor deiner Nase hinauf oder hinunter; er muß eben vor dir der erste sein!

Gewiß: Dieser in der Grimmschen Verkehrsformen überlebte Wilkomfse „Platz an der Sonne“, dieses „Früher-dort-sein-wollen“, dieses „Der-erste-sein-müssen“ ist bei allen Nationen im Schwange, ist die Auswirkung eines tief uralten Instinktes. Aber das neuraupische Ausdrucksmittel dieses imperialistischen Triebes ist beim deutschen Pfahlsbürger eben die unbewußte Rücksichtslosigkeit; er hat sein unter den Autoritäten der Kinderstube erworbenes und durch das bürgerlich-nationalistische Geltungsbedürfnis im kaiserlichen Untertanenstaat verdrängtes Minderwertigkeitsgefühl nicht anders wededen gelernt als durch diese rücksichtslose Ueberheblichkeit, von der er nichts weiß. Denn derselbe unbewußte Fiesel, der dich angerannt hat, ist, wenn er sich dir vorgestellt, in seinem bewußten Leben ein braver, von allen offiziellen Pflichtgefühlen durchdrungener deutscher Spieler, der seinen Kindern, wenn sie etwa unartig gewesen, zur Ehre Gottes und der bürgerlichen Ordnung das Hinterteil verleiht. Aus seinem Unbewußten heraus aber kann er sein durch die bürgerlichen Erziehungsmethoden erworbenes Selbstgefühl nicht anders äußern als durch das Sich-vor-drängen und Der-erste-sein wie auf der Grimmschen Straße.

Feuer in Leipzig

Heute gegen 4 Uhr war in der Friedrichstraße 35 in einer Wohnung des Erdgeschosses aus bisher nicht angeklärter Ursache Feuer entstanden. Die Wohnung wird von dem 68 Jahre alten Rentner Dufas mit seiner Ehefrau und drei Kindern bewohnt. Die Ehefrau, die mit den Kindern in einem Zimmer schläft, bemerkte zuerst, daß aus dem Schlafzimmer ihres Mannes Rauch drang. Die alarmierte Feuerwehre fand den Mann in seinem Zimmer bewußtlos vor. Er wurde nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht, ist jedoch auf dem Transport bereits infolge Rauchvergiftung gestorben. Mehrere Hausbewohner aus dem oberen Stockwerk waren ebenfalls infolge Rauchvergiftung dem Krankenhaus zugeführt worden, konnten aber wieder entlassen werden. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen über die Entstehungursache des Brandes in dem Zimmer, das vollständig ausgebrannt ist, sind im Gange.

Im Kohlenbrandkat am Nordplatz 11 brach gestern um 20 Uhr ein Eisenbrand aus. Der Völkung der Feuerwehre hatte ungefähr eine Dreiviertelstunde zu tun. Der Schaden ist gering.

Am Sonnabendvormittag entstand in der Hainstraße 8 ein Ballenbrand. Durch Ueberheizung eines Füllens war die Verpackung und ein Ballen in Brand geraten. Die Feuerwehre war ungefähr 20 Minuten in Tätigkeit.

Das Ende einer Autofahrt

In der Nacht zum Sonntag, gegen 1,30 Uhr, fuhr in der Wintergartenstraße ein Personnauto in rasender Fahrt, aus der Querstraße kommend, in einen Wagen der Straßenbahnlinie 2 hinein. Der Vorderbau des Autos wurde fast völlig zerschmettert. Kaum, daß der Wagen hielt, sprangen 3 junge Burshen und der Führer, in Windjacken, ohne Kragen und Kopfbedeckungen, heraus und ergriffen die Flucht.

Alle vier konnten jedoch gestellt und verhaftet werden. Es handelt sich um vier junge Arbeiter aus Chemnitz im Alter von 16 bis 17 Jahren, die das Auto in Chemnitz gekauft und dann fortgefahren hatten. Der Straßenbahnwagen ist leicht beschädigt worden.

Anfälle in Leipzig

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Motorradfahrern ereignete sich gestern gegen 16 Uhr in der Frankfurter Straße in der Nähe der Zepelinbrücke. Einer von den beiden trug schwere innere Verletzungen davon und mußte nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht werden, während sich der andere nur eine leichte Verletzung des rechten Armes und leichte Hautabstürzungen zugezogen hatte.

Ein Betriebsunfall. Am Sonnabend, 8 1/2 Uhr, ist in der Cutilischer Straße 14 ein 29 Jahre alter Arbeiter beim Transport eines 15 Zentner schweren Gubelstuhls verunglückt. Mit schweren Rückenquetschungen mußte der Verletzte dem Krankenhaus St. Georg zugeführt werden.

Schon vor längerer Zeit berichteten wir, daß die Mitteldeutsche Rundfunk-Gesellschaft an dem Hause Markt 8 in Leipzig in blauen Leuchtbuchstaben ihre Visitenkarte hat anbringen lassen. Es stellte sich bald heraus, daß die Sendegesellschaft umsonst. Große Möbelwagen waren zu diesem Umzug nicht nötig. Auch bisher wohnte die Sendegesellschaft in einem der historischen Gebäude, die um den Markt herum stehen. Sie war bisher in dem Hause Nummer 4 untergebracht, der „Alten Waage“, in dem sich der Sitz des Leipziger Meßamtes befindet. Dort waren die Räume schon längst zu knapp geworden. Und die Rundfunkleute hätten das Meßamt hinauszuweisen müssen, bei dem sie sich eingemischt hatten, wenn sie sich wohnlich einrichten wollten. Denn statt der fünf, sechs Menschen, die vor ungefähr fünf Jahren den Rundfunk machten, ist heute ein Betrieb vorhanden, in dem 78 Angestellte arbeiten. Staat der paar Zimmer in der alten Wohnung hat die Mirag in ihrer neuen drei große Etagen inne, mit einer Fläche von über 1100 Quadratmetern. In der untersten Etage befinden sich die Bureaus und Sitzungszimmer, in der nächsten ist der eigentliche Rundfunkbetrieb, nämlich die Senderräume, die technische Zentrale und die Zimmer der verschiedenen künstlerischen Ressorts, während in der dritten die Batterien und Labormaschinen untergebracht sind. Am meisten interessieren neben der technischen Zentrale die Senderräume. Es sind davon jetzt vier vorhanden. Drei kleinere und ein großer Raum. Dieser große wurde gewonnen, indem die Decke zwischen dem dritten und vierten Stock des Gebäudes durchbrochen wurde. Von der Decke wurde nur ein kleiner Teil stehen gelassen und als Galerie zur Auffstellung von Chören ausgebaut. Der große Funtraum, der über 100 Quadratmeter Fläche hat, dient für die Aufführung von Hörspielen, Konzerten und anderen Darbietungen, bei denen eine größere Zahl von Personen beschäftigt ist. Am auffälligsten ist an diesem Raum, daß er schiefwinkig ist. Man ist im allgemeinen bemüht, die Funträume möglichst rechtwinklig zu gestalten, da man annimmt, daß auf diese Weise die besten akustischen Wirkungen zu erzielen sind. Und die Ursache ist die Hauptflache bei einem Funtraum. Entgegen allen Voraussetzungen ist der Raum jedoch akustisch ganz gut und man veracht jetzt, die beste Wirkung durch verschiedene Manipulationen herauszufinden. Alle Funträume sind natürlich schalldämpfend abgedichtet. Sowohl die vier Wände als auch die Decke und der Fußboden und

schalldämpfend die Türen und Fenster wurden nochmals umbaut mit doppelter Beschallung, die zur akustischen Isolation mit Korspannen gefüllt sind. Das ist notwendig, damit kein Ton von außen eindringen kann, denn die sehr empfindlichen Mikrophone würden diesen mit übertragen und so die Darbietungen stören.

Neben dem großen Funtraum befindet sich die technische Zentrale. Diese ist übrigens im Gegensatz zu den anderen Räumen, Höheitsgebiet der deutschen Reichspost. Hier befindet sich der Schallkranz mit über 100 Leitungen, die nach den einzelnen Besprechungsstellen führen. So nach den Kirchen, Theatern und verschiedenen Plätzen in Leipzig und den anderen Städten wie Dresden, Chemnitz, Jena usw. Von hier aus werden die Darbietungen zu dem eigentlichen Sender geführt, der auf dem Ausstellungs-gelände steht und von wo sie dann über die 100 Meier hohe Antenne in den Äther gestrahlt werden. Sobald mit Hilfe eines Wellenhalters ein Funtraum mit dem Sender verbunden ist, leuchten in dem Funtraum Signale auf mit der Aufschrift „Eingeschaltet“, vor den Zugangstüren zu dem Raum „Halt!“ und in den umliegenden Korridoren und Zimmern „Ruhe!“, um auf diese Weise allen die sonst nicht erkennbare Tatsache mitzuteilen, daß jetzt jeder Ton, jedes Wort, das hier laut wird, noch auf Entfernungen von Hunderten von Kilometern hörbar wird. Es ist nicht möglich, hier alle Einzelheiten der technischen Einrichtung anzuführen. Jedenfalls gewann man bei der Beschäftigung der neuen Wohnung der Mirag den Eindruck, daß man nun mit noch mehr Sorgfalt und größerer Ausnutzung aller Möglichkeiten die Darbietungen in die Welt hinaussenden kann.

Vor der Beschäftigung hatten sich die geladenen Gäste im großen Funtraum versammelt, wo sie von dem Vorstand der Mirag, Dr. h. c. Kohl, und dem Vorsitzenden des Ausschusses der Mirag begrüßt wurden. Danach sprach der durch die aufsehenerregenden Erfindungen auf dem Gebiete der Bildtelegraphie und des Fernsehens bekanntgewordene Leipziger Professor Dr. Karolus einige Worte über den Tonfilm. Zum Schluß wurden einige auf Tonfilm nach dem System Karolus aufgenommenen Musikstücke und Regitationen vorgeführt, die sehr gut gelungen waren. Anschließend wollte die Mirag ihren Gästen damit das neue Hilfsmittel demonstrieren, daß für die weitere Ausgestaltung des Rundfunks von Bedeutung sein wird.

Blauer.

Volkschule und Gesundheitspflege

Der Leipziger Lehrerverein unterbreitet die folgenden Forderungen für eine neueitliche Schulgesundheitspflege

Unsere Volksschulgebäude von heute sind in Bau und Einrichtung das Abbild einer Zeitentwicklung, die Not hatte, die Kinder einer sich rapid vermehrenden Bevölkerung unterrichtlich zu versorgen. Pestalozzi und die großen Erzieher vor ihm haben sich Kinderhäuser, in denen die Jugend gelehrt werden sollte, anders gedacht. Sie wären nicht auf den Gedanken gekommen, Riesengebäude mit 2, 3 und 4 Stockwerken zu errichten und diese mitten hineinzuweisen in das Gewühl der Großstadt. Auch die Unterrichtsräume selbst zeigen die Spuren einer Entwicklung zum Schulgroßbetrieb, zur Unterrichtsfabrik. Ein lautes Zimmer, vielleicht noch geschmückt mit einem Bild, sonst aber laute Wände, an der Decke die unvermeidliche Windrose, an den Fenstern graue nächste Vorhänge oder auch nicht, Schrant und Pakt echte herzhafte Fabrikware — und dann die Bänke! Wer der Erfinder der Schulbank gewesen ist, hat sich bis jetzt nicht stellen lassen; mag ein gütiges Geschick seinen Namen in Vergessenheit lassen! Aerzte und Erzieher mühen sich jetzt ab, das, was die Schulbank im Verein mit einer unfindlichen Methode an der Jugend ganzer Geschlechter schädigt, durch allerhand Maßnahmen an dem gegenwärtigen Kinder-geschlecht, das noch immer die Schulbank drücken muß, zu mildern. Viele werden sagen: das ist übertrieben, so von unserer „alten Schule“ zu reden. Wer aber den vorbildlichen Sinn für das Jugendhaus und die Jugendstube empfänglich machen wollte, der konnte es sich tun an der Kinderstube, die von der Montessori-Gesellschaft im Einvernehmen mit einigen städtischen Beamten im Kaufhaus Althoff gezeigt wurde. Wohlgeartet die Einrichtung; denn nicht ohne weiteres kann auch der Montessori-Methode zugestimmt werden. Aber das Verdienst bleibt der großen italienischen Ärztin, daß sie allen, die sehen wollten, zeigte, in welcher Richtung die Herstellung von Kindermöbeln, also auch der Einrichtungsgegenstände von Schulstuben für die Grund- und Volksschule, zu gehen habe.

Wenn in den Volksschulgebäuden einer Epoche, die hoffentlich ein für allemal abgeschlossen ist, das Sichwohl-fühlen und Wohl-ergehen der Kinder sehr fraglich war, so dürfen wir darüber einiges nicht vergessen, was vom ausschließlich gesundheitlichen Standpunkt die schwersten Bedenken herausfordert. Wie würden wir urteilen über eine Hausfrau, die nicht dafür sorgte, daß die am meisten in Anspruch genommenen Räume öfter feucht gewischt würden. In unseren Schulen gibt's nur dreimal im Jahr Schauerfest, und nur dreimal in der Woche werden die Unterrichts-räume gelehrt. Ein unhaltbarer Zustand! Noch schlimmer aber ist, daß der größte Teil der Kinder auch heute noch das Frühstück essen muß, ohne sich vorher die Hände gewaschen zu haben, weil es an den entsprechenden Einrichtungen fehlt. Man bedenke: Kinder, die vorher geturnt haben, die vielleicht Gartenarbeit geleistet oder Werkunterricht gehabt haben, Kinder, die sich untereinander angefaßt oder den Abort aufgesucht haben! Heißt das nicht, den Sinn für Sauberkeit geradezu abstupfen?

Glücklicherweise ist unsere Zeit in gesundheitlicher Beziehung empfänglich geworden, und Ausgaben für die Gesundheitspflege gelten nicht als Luxus. Auch in den Schulen vollzieht sich jetzt ein Wandel zu bewusster Gesundheitspflege, im Schulleben wie im Unterricht. Das kann im einzelnen hier nicht ausgeführt werden. Im September dieses Jahres nun hielten neben große Gesundheitsvorände ihre Reichs- und Jahrestagungen in Leipzig ab, darunter auch der Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege. Der Rat unserer Stadt schrieb damals in seinem Protokollkommun-krat: „Wir sind begierig und freuen uns der Anregungen und Kräftigungen, die wir von der Arbeit all dieser Vereinigungen zu erwarten haben, und wir sind stolz, daß Männer der Wissenschaft

und Männer der Praxis zu uns gekommen sind, um uns zu belehren und aufzumuntern, um uns Vorbilder und Wegweiser zu sein.“ Der Leipziger Lehrerverein greift diese Anregungen auf und beruft mit den weltlichen Elternräten in der Woche vom 12. bis 17. November acht große Bezirkselternversammlungen ein, die sich mit der Gesundheitspflege in der Schule befassen sollen. Eltern und Freunde sind dazu herzlich willkommen.

Acht Bezirks-Elternversammlungen

Mittwoch, den 14. November, 7/20 Uhr: Concordia-säle in Leipzig-Gohlis und Reichshallen in Leipzig-Volk-marsdorf.

Donnerstag, den 15. November, 7/20 Uhr: Volks-haus, Feiler Straße; Eistertal, Leipzig-Schleußig, und Löwenpark, Leipzig-Stötteritz.

Freitag, den 16. November, 7/20 Uhr: Deutsches Haus, Leipzig-Lindenau; Reichsverweier, Leipzig-Reinshöcher, und Krone, Leipzig-Connewitz.

„Illustrierte“ Volksgemeinschaft

Demokratische „Wige“

Zu den gefährlichsten Beeinflussungsmöglichkeiten der kapitalistischen Presse gehören die illustrierten Journale, an der Spitze die demokratische Berliner Illustrierte Zeitung des Hauses Ullstein. Mit viel Schmoderei und Gelei, sowie unbestreitbar geschickter Bildreportage, wird hier ein Bombengeschäft gemacht und ganz nebenbei auch an der Verbummung der Leser gearbeitet. Im allgemeinen geschieht das so vorsichtig, so daß es schwer zu beweisen ist, wie sehr tendenziös und arbeitserfeindlich diese Illustrierte gemacht wird. Unlänglich ist nun diesen Herrschaften ein kleines Unglück passiert, waren sie einmal nicht ganz so vorsichtig wie sonst und haben damit ihre wahre Gesinnung offenbart. Wo? Im Witz-teil! Im Witzteil? Ja, dort, wo die Witzschrift Humor lautet. In der Nummer vom 8. November sind zwei „Scherze“ enthalten:

1. Der Reisende der Firma Kaulder und Filzig drahierte: „Durch Weitersturz Rückkehr auf unbestimmt verzögert, drahtet Instruktionen.“ Die Rückantwort lautete: „Rechnet zustehenden Urlaub von gestern an.“

2. Die man diese Anekdote, freut man sich zweifelsohne, wird doch in ihr ein Typus des Unternehmers dargestellt, der nur allzu oft auch tatsächlich im Leben vorkommt. Jetzt aber die Fortsetzung des Ullsteinschen „Humors“:

„Einen ewigen Kerger hat man mit seinem Personal“, klagt der eine Geschäftsmann, „zum Beispiel kann ich es meinem ersten Buchhalter nicht abgewöhnen, daß er ständig pfeift, während er arbeitet.“ „Da sei nur noch ganz zufrieden — meiner pfeift bis o h.“

Wenn man diesen zweiten „Scherz“ liest, wird man im ersten Augenblick zwar nicht lachen, aber vielleicht vermuten, daß es sich hier nur um den volksgemeinschaftlichen „Ausgleich“ handelt. Im ersten Scherz ist es ein Unternehmer, dem man schlechte Eigenschaften zuschreibt, im zweiten ein Angestellter. Auf diese Weise wollte man vielleicht erwidern, beiden Teilen „gerecht“ zu werden.

In Wahrheit ist aber die Sache doch ganz anders: Der erste Witz kann wahr sein, wird auch in ähnlichen Fällen gar oft zur Wahrheit. Es gibt Unternehmer, taubende Kapitalisten sogar, die sich anders gegenüber ihren Angestellten einstellen, die jede, aber

SPD Groß-Leipzig: Mitgliederversammlung

Heute Montag, 20 Uhr, im Volkshaus, Leipzig, und morgen Dienstag, 20 Uhr, im Goldenen Löwen, Taucha, spricht Genosse Siegmund Kunfi-Wien, ehem. ungarischer Volkskommisar, über: Die geschichtliche Stellung der russischen Revolution

Bei der Bedeutung dieses Themas erwarten wir zahlreichen Besuch / Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch

SPD. Groß-Leipzig

Wo ruft die Pflicht?

Ortsvereinsvorstände.

Wir ersuchen um schnellste Abrechnung der Revolutions-Gebühren.

Funktionäre.

Gottlo. Heute ab 17 Uhr sind Flugblätter an den bekannten Stellen abzuholen.

Eutrich. Alle Ortsvereine und Funktionäre von Eutrich holen heute Montag ab 19 Uhr in der Bibliothek Flugblätter ab.

Quasch. Mittwoch, 14. November, 20 Uhr, wichtige Sitzung.

SPD-Strassenbahner (Fahrpersonal).

Dienstag, 13. November, 19.30 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches der SPD.

Frauen.

Alt-Leipzig. Dienstag, 13. November, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8, Vortrag der Genossin Hammermeister über Sexual- und Eheberatung.

Connewitz. Unser Frauenabend am 13. November fällt wegen des Konsumabend aus. Nächster Abend am 27. November.

Leipzig. Dienstag, 13. November, 20 Uhr, im Schwarzen Käfer, Vortrag der Genossin Boldt „Neues von Wien“.

Blagwitz-Lindenu-Schleis. Unser Frauenabend am Montag, 12. November fällt aus. Wir besuchen die Mitgliedserversammlung von Groß-Leipzig, in der Genosse Kunst spricht.

Alt-Leipzig-Nord. Montag, 12. November, 20 Uhr, in Bückerstraße 14, Frauenabend. Thema: Gibt es Kindermörderinnen? Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Thonberg-Neureuditz. Am Dienstag, 13. November, 20 Uhr, kommen die Genossinnen alle ins Himmelreich. Programme für die Feiertage sind abzugeben. Die Agitationsadressen sind ebenfalls abzugeben.

Jungvolklisten.

Eutrich. Heute: Treffen 1/19 Uhr, am Schmuckplatz zur Konjunkturversammlung. Mittwoch abend fällt aus.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Stünz. Morgen, Dienstag, 17 Uhr, gehen wir in den Gasthof zum Film. Bringt eure Schulkameraden mit. Der Eintritt ist frei.

Alt-Leipzig. Unser Elternabend findet Mittwoch, den 14. November, im Volkshaus statt. Wir bitten, recht zahlreich zu erscheinen.

Beitrag innerer Osten. Dienstag, 19.30 Uhr, Heiserführung im Schönefelder Heim.

Leipzig. Morgen Dienstag. Gruppenabend der Roten Falken von 17-19 Uhr. Mittwoch, die Kleinen von 15-17 Uhr, die Jungen von 17-19 Uhr.

Witalieder-Veranstaltungen

Thonberg Neureuditz. Dienstag, 20 Uhr, spricht Genosse Oberregierungsrat Schulze im Restaurant Himmelreich.

Alt-Leipzig (Osten). Mittwoch, den 14. November, 20 Uhr, im „Postbörnschen“, Querstraße 8, Mitgliederversammlung. 1. Vortrag: Die häßlichen technischen Werke, von Genossen Stadtrat August Lehmann. 2. Parteiangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Alt-Leipzig I (nicht II). Heute Montag, 19.30 Uhr, bei Donath, Promenadenstraße 31. 1. Bericht über Konsumgenossenschaft: Genosse Heinrich. 2. Parteiangelegenheiten. Alles Werbematerial mitbringen!

Gottlo. Morgen Dienstag spricht Genosse Krehen, 20 Uhr, im Nikau-Ausschank, Elbstraße über „Die Wirtschaftskämpfe der Gegenwart“. Wir erwarten bei der Wählertage des Referats zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder mit Gästen.

auch jede Gelegenheit benutzen, ihre Arbeiter und Angestellten auszubilden. Der Wählertag - Wahrheit!

Wie steht es mit dem zweiten Scherz? Gibt es tatsächlich Angestellte oder Arbeiter, die „bloß“ pfeifen? Wir glauben nicht, daß sich das ein Unternehmen gefallen ließe! Es gibt keinen Fall, wo dieser Scherz Wahrheit sein könnte!

Es ist also nicht „Ausgleich“, nicht „Volksgemeinschaft“, wenn man sowohl den ausbeutenden Unternehmer wie den „bloß“ nichtstuerlich pfeifenden Angestellten lächerlich macht. Wo es gegen den Kapitalisten gerichtet ist, ist es Wahrheit wie der Arbeiter lächerlich gemacht werden soll, ist es Räkel und an ihrem „Humor“, an den Scherz des demokratischen Wählertages erkennt man das wahre Gesicht dieser Art bürgerlicher Presse.

Wochenplan

Neues Theater. Montag, 19 1/2 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten; Dienstag, 19 1/2 Uhr: La Bohème; Mittwoch, 20 Uhr: Die toten Augen; Donnerstag, 19 1/2 Uhr: Die Koginestochter; Freitag, 19 1/2 Uhr: Rigoletto; Sonnabend, 19 Uhr: Die Jüdin; Sonntag, 19 Uhr: Die bestische Venus.

Altes Theater. Montag, 19 1/2 Uhr: Reibhardt von Gneisenau; Dienstag, 20 Uhr: Ostoberstag; Mittwoch, 19 1/2 Uhr: Wilhelm Tell; Donnerstag, 19 Uhr: Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand; Freitag, 19 Uhr: Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand; Sonnabend, 20 Uhr: Schwengel oder Selbst Tränen trocken; Sonntag, 16 Uhr: Ein besserer Herr; 20 Uhr: Schwengel oder Selbst Tränen trocken.

Schauspielhaus. Montag, Dienstag, 20 Uhr: Leinen aus Irland; Mittwoch, 20 Uhr: Krankheit der Jugend; Donnerstag, 20 Uhr: Leinen aus Irland; Freitag, 20 Uhr: Die Häuser des Herrn Sartorius; Sonnabend, 20 Uhr: Insigne auf Tauris; Sonntag, 15 1/2 Uhr: Die Jungfern vom Bickhofsberg; 19 1/2 Uhr: Das Spiel mit dem Feuer.

Neues Operntheater. Montag, Dienstag, 20 Uhr: Dreimäderlhaus; Donnerstag, 20 Uhr, Freitag, 18 1/2 Uhr: Dreimäderlhaus; Donnerstag, 20 Uhr, Freitag, 19 1/2 Uhr: Dreimäderlhaus; Freitag, 22 1/2 Uhr: Die Reise Benjamins des Dritten; Sonnabend, 16 Uhr: Hänsel und Gretel; 19 1/2 Uhr: Dreimäderlhaus; 22 1/2 Uhr: „200 000“; Sonntag, 11 Uhr: Die Reise Benjamins des Dritten; 15 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel; 19 1/2 Uhr: Dreimäderlhaus.

Verloren. In Köplers Festlofen sind am 9. November ein Damenschirm und eine Hornbrille mit Futteral liegengeblieben. Abzugeben im Parteisekretariat, Tauchaer Straße 19-21.

Planetarium. In einem am Dienstag, dem 13. November, um 20 Uhr stattfindenden Vortrag „Die Himmelskunde im täglichen Leben“ wird die praktische Bedeutung der Sternkunde unter Zuhilfenahme von Lichtbildern erläutert werden. Besonders werden folgende Punkte ausgeführt: die Bestimmung der unsere Tages-einteilung bedingenden Zeit, das Zurechtfinden auf hoher See und in unerforschten Ländern nach den Gestirnen und der nur durch Sternbeobachtungen mögliche Entwurf von genauen Landkarten für größere Gebiete.

In einem Lichtbildervortrag über Amerika behandelt der Genosse Kurt Wängler vom DGB Berlin am Dienstag, dem 13. November, im großen Volkshausaal eine Reihe wichtiger Probleme. Im Mittelpunkt stehen vor allem Fragen wie Einwanderung, Wirtschaft, Konkurrenzfähigkeit, Nationalisierung usw. Außerdem wird eine Reihe guter Naturaufnahmen aus dem Westgebirge bringen. Veranstalter ist der Touristenverein Die Naturfreunde, Ortsgruppe Leipzig.

Elternabend, 45. Volksschule. Dienstag, den 13. November, 19.30 Uhr, musikalische Darbietungen (Gesangs- und Instrumentalchor, Tanzspiele). Eintritt 20 Pfennig.

Nietzschs Bannfluch über die USP

„ER“ kämpft jetzt für das „Dritte Reich“

Die USP hat auf ihrem letzten Kongress, am 12. Oktober, das von Winnig entworfene Programm außer Kraft gesetzt und ein neues, weniger „nationalistisches“, angenommen. Das hat Herrn Nietzsch nicht schlafen lassen. Er hat trotz seiner starken Verbeirbeitung für die faschistischen Verbände noch Zeit gefunden, den Bannfluch gegen die USP zu schleudern.

Nietzsch, der seit einiger Zeit von seinem Thron als Redakteur des Volksstaates gefallen ist und jetzt seine nationalistischen Trüben in der Zeitschrift des Bundes Oberland, Das Dritte Reich, abseht, hat auch dort seinen Bannfluch geschleudert. Er steht mit Entsetzen, daß es nicht gelungen ist, gegen die Sozialdemokratie mit der Richtung von Spiliterpartei anzugreifen. Er muß eingestehen, daß diese Partei immer mehr von der Sozialdemokratie aufgekauft wird. Um die letzten Mitglieder zu halten, stellt sich die USP immer mehr um und sucht wieder Anschluß an die Sozialdemokratie. Was die Rechtsverbände und Parteien mit der USP wollten, ist ihnen nicht gelungen, die Sozialdemokratie steht in Sachsen einig und geschlossen, der Spaltungsbaustein hat nie wirklich einsehen können. Bezeichnend ist, daß Herr Nietzsch eingesteht, daß die USP nicht mehr für die nationale Bewegung in Frage kommt. Ah! Herr Nietzsch scheint sich verrechnet zu haben, die Mitglieder der USP haben seine Anbiederungsversuche an den Stahlhelm und den Bund Oberland nicht mehr mitgemacht, nun trauert er, daß irreführende Arbeiter ausmuden. Mit den Klärrin des letzten Wilhelm verländert er, daß er nach seinem Weggang aus dem Volksstaat der noch eine Chance gegeben hätte. Sie sollte aus eigener Kraft, ohne die Hilfe des „großen Führers Nietzsch, versuchen, ob sie was selbst kann. Hören wir ihn selbst:

„Es bedurfte nicht eben sehr seiner Ohren, um aus den vorstehenden Sätzen die Scepis und die verhaltene Sorge herauszuführen, die mich angesichts mancher Vorgänge in der USP erfüllten. Indes wollte ich der Partei noch eine „Chance“ geben, sie sollte ungehindert dorthin dürfen, was sie aus eigenen Kräften heraus noch vermöge. Es widerspreche mir zudem, mich freiwillig gegen den Gegenstand zu kehren, an den ich die schwere Arbeit zweier langjähriger Jahre gewandt hatte. Auch in Zukunft will ich ihm gegenüber Zurückhaltung üben.“

Gewisse Entwicklungen innerhalb der Partei nötigen mich heute allerdings, sehr wider meine Neigung und wider meinen Willen, in gebotener Kürze, die jedoch der Klarheit nicht ermangeln soll, meinen Standpunkt gegenüber dieser Partei zu bekennen; ich bin diese Offenheit sowohl meinen politischen Freunden, wie auch der Sache schuldig, der ich diene. So sei denn gesagt: Die Partei ist gerade in jüngster Zeit in den Zustand eines so jähen gesinnungsmäßigen Abfalls eingetreten, daß sie für die nationale Bewegung nicht mehr in Betracht kommt. Ihre Politik besteht nunmehr darin, die Hoffnungen zu enttäuschen, die sie ehemals erweckt, die Verprechungen nicht einzulösen die sie einst gegeben hatte. Die kurze Geschichte der USP ist ein Stück deutscher Tragik schlechthin: ein großer verheißungsvoller Beginn, ein anfänglich tapferes Sichbehaupten — zuletzt aber eine schmachvolle Selbstpreisgabe, ein jammervolles Schwelbstuntreuerwerden. Dabei sind es nicht eigentlich die Arbeiter dieser Partei, die den Zusammenbruch verschuldeten, erstantlich ist es im Gegenteil, wie die früheren Staatsverweiner sich dem nationalen Gedanken erschlossen; sie waren ausdauernd und verzagten nicht. Ihre Führerschaft aber, der sie vertrauensvoll folgten, ist weichen Wegens; es zeigt sich, daß sie nicht stark genug ist, der Anziehungskraft der großen Sozialdemokratie zu widerstehen. Innerlich hat diese Führerschaft bereits kapituliert; die äußere Kapitulation ist nur noch eine Frage der Zeit.“

Herr Nietzsch ist richtig gefaselt. Er ist der Mann, der sich bemüht die faschistischen Verbände unter einen Hut zu bekommen. Seine Sehnsucht wäre die Gründung eines großen nationalistischen Bundes, mit ihm als Führer, der zunächst die verhasste Sozialdemokratie besetzt und dann einen freisch-faschistischen Widerstandskrieg gegen Frankreich, seinen Erbfeind, beginnt. Da er diese Träume nicht verwirklichen kann und ihm sogar die USP die Gefolgschaft kündigt, ist Nietzsch unter die Spiritisten gegangen. Er schwärmt vom Dritten Reich. Und dabei wollen wir ihn nicht hören.

Arno Scholz.
So haben die Arbeiter die Hoffnungen der Bürgerlichen und der Nationalisten enttäuscht, wie sie die Hoffnungen der Arbeiter, die ihr vertrauten, schon längst enttäuscht hatte. Sie hat ihr jammervolles Ende reichlich verdient.

Die sächsischen Verwaltungsreformer

Demnächst eine neue Denkschrift.

Der offiziöse deutsch-nationale Sächsische Zeitungsdienst verbreitet eine längere Mitteilung über den Stand der Beratungen zur Frage der Verwaltungsreform. Wir entnehmen dieser Veröffentlichung folgendes:

Der Sächsische Verwaltungsreformentwurf ist den einzelnen Ministerien zur gutachtlichen Äußerung übermittelt worden. Diese Gutachten liegen nun dem Gesamtministerium wieder vor. Im Grunde genommen stimmen sie alle darin überein, daß eine Verwaltungsreform wohl sehr nötig, aber gerade bei den bestehenden Ministerien absolut nicht möglich ist.

Wie verlaute, wird die Regierung diese Gutachten nunmehr zu einer neuen Denkschrift verarbeiten lassen, die dem Landtage demnächst zugehen soll. Darin wird die Regierung voraussichtlich den Vorschlag machen, die Wahlziffer für einen Abgeordneten auf 30 000 festzusetzen und auf eine Reststimmzahl von über 15 000 noch einen Abgeordneten zuzubilligen. Nach dem Wahlergebnis der letzten Landtagswahlen würden bei dieser Berechnung nur 76 Abgeordnete gewählt worden sein, während deren Zahl bekanntlich jetzt auf 86 feststeht.

Die Sächsische Staatszeitung soll eventuell mit der bisher bestehenden Verordnungsblätter zu einem gemeinsamen Korrespondenzblatt der Regierung zusammengelegt werden. Hierbei wird weiter die Frage erwogen, ob es angängig sein wird, die Redaktion dieses Korrespondenzblattes der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei anzugliedern.

Weiter handelt es sich um die Frage, ob an Stelle der jetzigen einjährigen Etatperiode wieder auf die zweiährige zurückgekehrt werden kann. Im Zusammenhang hiermit wird die Frage erörtert, ob das Veto-Recht des Finanzministers erweitert und für gewisse Anträge eine qualifizierte Mehrheit gefordert werden kann. Auch die Schulpflicht, die der Lehrerbildung, der Unterrichtszusicherung und der Klassenstärke werden zur Erörterung gestellt. Bezüglich der Zahl der Ministerien sollen bestimmte Vorschläge nicht vorliegen. Es wird sich hier um die Frage handeln, inwieweit durch eine andere Verteilung der Geschäfte auf einzelne Ministerien eine Erparnis herbeigeführt werden kann. Bei der Frage des Unterbaues der staatlichen Verwaltung wird es sich vor allen Dingen darum handeln, ob die Kreishauptmannschaften beseitigt werden sollen.

Augenblicklich sind die bis jetzt bekannten Vorschläge und Anregungen in den Kreisen der Regierungsparteien zum Teil noch sehr umstritten, und es erscheint noch sehr fraglich, ob die von allen Seiten geforderte Verwaltungsreform als Ganzes in absehbarer Zeit wird unter Dach und Fach gebracht werden können.

Die Mitteilungen lassen erkennen, daß die Reaktionen bestrebt sind, bei der Verwaltungsreform ihr Schäfchen ins Trockne zu bringen.

Der Kampf um die Schlachtsteuer

Wie eine Dresdener Korrespondenz erfährt, beschäftigte sich der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien in seiner letzten Sitzung mit dem Wbau der Schlachtsteuer. Die Stimmung gegenüber den Abbauplänen sei angesichts der Finanzlage des Staates ziemlich ablehnend gewesen. Nach dem letzten Halbjahresausweis über die Staatseinnahmen und -ausgaben sind die Einnahmearlöse im allgemeinen knapp erreicht worden. Die Regierung rechnet nach dem Vorschlag mit einem Fehlbetrag von über 25 Millionen. Selbst Optimisten in Regierungskreisen erwarten mindestens 10 Millionen Fehlbetrag im laufenden Rechnungsjahr. Die Stellungnahme der Regierungsparteien zu den Abbauplänen werde wesentlich davon abhängen, was die Finanzminister über die allgemeine Entwicklung der Finanzen und über den Erfolg der fortwährenden Schlachtsteuererhöhungen sagen wird. Namentlich die Volkspartei scheint den Abbauplänen sehr kritisch gegenüberzustellen, aber auch die anderen Regierungsparteien dürften kaum ihre Zustimmung geben, wenn nicht die finanziellen Interessen des Staates dabei voll gewahrt werden. Dabei sei zu berücksichtigen, daß vermuthlich der Fehlbetrag des Reiches auf die Länder zurückzuwirken werde. Ganz ausfallslos erweise der neue Antrag der Wirtschaftspartei, die Schlachtsteuer, die der Finanzminister in drei Stufen von 1929 bis 1931 allmählich abzubauen will, sofort vollständig aufzuheben. Ein plötzlicher Steueranfall von 10 bis 12 Millionen wäre gar nicht zu denken. — Da wird Herr Weber bei seiner Fraktion wieder schwer ins Fettnäpfchen treten.

Starker Schneefall im Erzgebirge

Aus Annaberg. Oberwiesenthal, Bärenstein usw. wird harter Schneefall gemeldet. Die Sportler rechnen mit baldiger Eröffnung des Winterports.

Wätere Demokraten

Bekanntlich hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion vor einigen Tagen einen Antrag eingebracht, der die sofortige Aufhebung der berückichtigten Stundungsverordnung fordert. Der sozialdemokratische Antrag wies besonders darauf hin, daß es sich hier überhaupt nicht um eine Steueränderung, sondern um einen Steuererlass handele, zu dem der Minister nicht berechtigt sei. Eigentlich müßte dieser Antrag gerade den Demokraten gefallen, die sich stets als die Hüter des Parlamentarismus und der Parlamentsrechte aufstellen. Aber was schreibt A. B. die demokratische Zitauer Morgenzeitung?: „An eine Annahme dieses Antrages ist nicht zu denken.“ Das heißt mit klaren Worten, daß die Demokraten, die früher einmal selbst so großes Geschrei über die Stundungsverordnung erhoben haben, nun selbstverständlich gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen werden. Man kann daraus wieder einmal sehen, was die radikalen Zeitungsartikel der demokratischen Presse wert sind.

Im Interesse der Jugend

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, ihren Einfluß auf die Kraftverkehrs-gesellschaft Preisaufgaben dahin geltend zu machen, daß bei Schüler- und Jugendfahrten dieselben Preisermäßigungen unter denselben Bedingungen in Anwendung kommen, wie sie bei der Reichsbahn-N. G. jeweils in Geltung sind.

Todesopfer der Lehrlingszüchterei

In der Stadt Radeberg im Dresdener Bezirk stirzte vor einigen Tagen ein Klempnerlehrling aus drei Stod Höhe ab, der Unfälle war natürlich sofort tot. Wie jetzt die Radeberger Zeitung amtlich dazu schreibt, „wird der bedauerliche Unfall der zuständigen Behörde Veranlassung geben, nachzuprüfen, inwieweit Radeberger Handwerksmeister eine übermäßig große Zahl von Lehrlingen haben, die ohne genügende Befähigung sind. Wo sich Mißverhältnisse ergeben, soll die Zahl der Lehrlinge herabgesetzt oder deren Entlassung angeordnet werden.“

Rechtlich spät kommt das amtliche Organ zu dieser Erkenntnis und Schlussfolgerung. Wenn die Sozialdemokraten irgendwo Schuß gegen die Lehrlingsausbeutung fordern, stehen sie immer allein auf weiter Flur. Jetzt, wo ein Unfall geschehen ist, vor dem man nicht mehr die Augen verschließen kann, werden sich auch die amtlichen Stellen. Hoffentlich hat das Unglück wenigstens die Wirkung, daß nun endlich etwas geschieht. Und das gilt nicht nur für Radeberg.

Dresden. Eigenartiger Todesfall. Einem Mieter fiel es auf, daß die Wand seiner Nachbarwohnung sehr heiß wurde. Die herbei gerufene Polizei fand in der Küche der geöffneten Wohnung den 68 Jahre alten Wohnungsinhaber, Witwer Wolf, tot am Fußboden liegend. Die behördlichen Feststellungen ergaben, daß der alte Witwer an den Folgen eines Unfalles verstorben war. Wolf ist in der Nacht zum Mittwoch heimgekommen, hat sich am Gaskocher ein wenig wärmen wollen und schenkt dabei einen Unfall erlitten zu haben. Er ist nach dem Befund mit keinem Kopf gegen eine Kante des Küchenherdes gestoßen und ist an der Verletzung schließlich verstorben. Der Gaskocher hat zwei Tage gebrannt und dabei so viel Hitze entwickelt, daß der Körper des Verstorbenen starke Verbrennungen erlitt.

Walthersdorf bei Schlettau. Zusammenstoß an beleuchteter Fahrzeugaue. Ein in Richtung Schlettau fahrendes Dreiradauto einer Bierhandlung fuhr auf ein Lastfahrzeug auf und überfuhr es, seine beiden Insassen unter sich beachtend. Beide Fahrzeuge waren trotz der Dunkelheit unbedeutend. Die Verunglückten erlitten durch die Glascherben der zerbrochenen Bierflaschen am ganzen Körper schwere Schnittwunden.

Freital. Doppelselbstmord im Krankenhaus. Im hiesigen Krankenhaus hat sich ein 60 Jahre alter Patient mit seiner um fünf Jahre jüngeren Ehefrau im gemeinsamen Krankenzimmer erhängt. Beide Ehegatten litten an einer unheilbaren Krankheit.

Chemnitz. Ein 44jähriger verheirateter Beamter des städtischen Elektrizitätswerkes verunglückte dadurch tödlich, daß er sich in einer in Hartung gelegenen Fregole an einer dortigen Transformatorstation an einer Hochspannung zu schaffen machte und versehentlich unterlassen hatte, das Einführungsstiel vorher abzuschalten.

Blauen. Vom D-Zug angefahren. Auf der Ellenbahnstrecke zwischen Reuth und Schönberg wurde der 61 Jahre alte verheiratete Streckenarbeiter Friedrich Wilhelm Döschler aus Reuth von dem D-Zug 17. Ost-Blauen, im Nebel angefahren. Er hat so schwere äußere und innere Verletzungen erlitten, daß er im Krankenhaus in Blauen starb.



ei. Böhlh-Chrenberg. Gemeindeverordnetenversammlung. Die Kassenabschlüsse werden bekanntgegeben. — Zur Mitgliederversammlung des sächsischen Gemeindetages vom 2. bis 4. Dezember werden Genosse Winkel und Dr. Müller (bürgerl.) gewählt. — Mit dem Blatinstitut werden neue Vereinbarungen abgeschlossen. Ab 1. Januar erhält unser Ort 3 Platsfäden und 7 Tafeln. — Der Einquartierungsordnung stimmt man nach dem Entwurf des sächsischen Gemeindetages zu. Die Kommunisten sind dagegen. Es wird weiter Kenntnis genommen vom Stand des geplanten Bahnbaues Jöchen—Leußsch und den vielen Erschwerungen, die sich diesen Bahnbaun entgegenstellen. — Anträge der Kommunisten, die Unterhaltung an Hilfsbedürftige von 20 Mark und für Kinder von 5 Mark fordern, sowie Bezahlung der Karenzzeit der Erwerbstätigen aus Fürsorgemitteln, mußten an den Fürsorgeausschuß verwiesen werden. Der Bürgermeister verlangte Ablehnung. Weitere Anträge der Kommunisten, welche Forderungen an den Bezirksrat stellten, wurden abgelehnt.

Großsch. Rat und Stadtvorordnetenkollegium waren zu gemeinsamer Sitzung zusammengekommen, um vor Ansetzung der Gemeindefinanz wegen des 150 prozentigen Gemeindefinanzzuschlags zur Grund- und Gewerbesteuer den letzten Versuch einer Verständigung in der Sache zu unternehmen. Ein vorher eingelegter Einigungsantrag war unter Ablehnung der 150 Prozent nur zu dem Mehrheitsbeschluß gekommen, in der beschlußlosen Zeit vom 1. April bis 30. September 1928 125 Prozent zu erheben. Da sonst kein weiterer Einigungsvorschlag vorlag, kam man nach kurzer Aussprache zur getrennten Abstimmung, einmal über die 125 Prozent für vorerwähnte Zeit und dann über den Ratsantrag auf Erhebung eines 150 prozentigen Zuschlags vom 1. Oktober 1928 bis Ende März 1929. Der erste Antrag wurde vom Rat gegen eine, vom Kollegium gegen 2 Stimmen angenommen. Der Ratsantrag wurde vom Rat mit 4 gegen 2 Stimmen angenommen, vom Kollegium mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Damit war die letzte Möglichkeit einer Verständigung negativ verlaufen. Jetzt liegt die Entscheidung bei der Gemeindefinanz.

In der sich anschließenden Sitzung der Stadtvorordneten nahm man zunächst Kenntnis von der Abschlußrechnung letztes Jahres. Einer Gesamteinnahme von 5817,07 Mk. stehen Ausgaben in Höhe von 3069,18 Mark gegenüber. In Anbetracht der diesjährigen mäßigen Wassererhältnisse, die ja jetzt für fast alle Zeiten behoben werden sollen, ist der Abschluß ein sehr erfreuliches Resultat dieser in der Hauptsache doch kulturellen Einrichtung. — Der Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise Großsch. u. B. will das von ihm bis jetzt gepachtete Areal käuflich erwerben. Zu diesem Zweck hat er sich beim Wohlfahrtsministerium um ein Darlehen bemüht. Die Bewilligung der 13 500 Mark werden von der Bürgerkassübernahme der Stadtgemeinde abhängig gemacht. Die Stadt wird auf das 11 000 Quadratmeter große Gelände eine Sicherheitshypothek legen. Ein vom Vorsitzenden verlesener Fiskusplan läßt erkennen, daß genannter Verein innerhalb drei Jahren unter Benutzung einer 6000 Mark betragenden Zuwendung von dreier Seite seine Verpflichtungen abzulösen gedenkt. Das Kollegium tritt einem einstimmig gefassten Ratsbeschluß auf Bürgerkassübernahme ebenfalls einstimmig bei. — Seine einstimmige Zustimmung gibt das Kollegium dem Beschluß des Betriebsausschusses, den Ausschuß für Regelung der Ruhegehälter der Gemeindeglieder so zusammenzusetzen, daß er außer drei Vertretern der Gemeindeglieder den jeweiligen Ratsvorsitzenden, den Stadtvorordnetenvorsteher und den Bauausschussvorsitzenden umfassen soll.

Weiter hatte sich das Kollegium mit einem schriftlich vorliegenden Antrag des Bürgermeisters über seine Wiederwahl Entscheidung zu fassen, zu beschließen. Die einzelnen Fraktionen und auch eine geheime Sitzung haben sich eingehend damit beschäftigt. Deshalb war es auch erklärlich, wenn sich trotz Aufforderung des Bürgermeisters niemand zu Worte meldete. Wenn nicht noch in letzter Minute ein Antrag auf öffentliche Abstimmung kam, hätte nach den geltenden Bestimmungen geheim abgestimmt werden müssen. Die Wahl gilt auf 12 Jahre. Gegen die zwei anwesenden KPD-Stimmen wurde er dann auch gewählt. An die nun folgenden üblichen Dankesworte schloß der Bürgermeister eine herbe Polemik gegen die Vertreter der KPD. Er steht in dem heutigen Benehmen der KPD einen Widerspruch gegenüber ihren früheren Ansichten, nichts in der Dunkelkammer der Rats- und nichtöffentlichen Sitzungen zu besprechen. Heute liegt die Sache aber so, daß sie der Öffentlichkeit gegenüber ihre abliegenden Beweggründe verweigern. In der nichtöffentlichen Sitzung aber allenthalben Behauptungen gegen ihn aufstellen. Im übrigen wird er auch ohne das Vertrauen der KPD zum Wohle der Gemeinde weiter tätig sein. Das zu beweisen, werden ihm die nächsten Aufgaben Gelegenheit geben. Er erinnert an den Wohnungs- und Schulneubau, an die Rettung der sterbenden Stadt.

Dem kommunistischen Ratsmitglied und auch dem ebenföhlen Verordneten blieb die Spulle weg. Von glaubhafter Seite wird uns versichert, daß der als entscheidend fehlende kommunistische Verordnete deshalb abwesend war, weil er dem Bürgermeister seine Stimme geben wollte. Daß im Lager unserer Brüder von ganz links etwas faul ist, beweist die öftere Anwesenheit des Inquisitors Heinrich des Einzigen.

Begau. Massenbesuch zur Revolutionsfeier. In Begau rief die SPD und SA die Einwohner zu einer Feierstunde auf; diesen Ruf folgte eine sehr beachtliche Zahl der Arbeiterschaft. Die Ausgestaltung des Programms hatte die SA in die Hände genommen; sie zeigte, daß sie nicht nur politisch vorwärtsstreift, sondern auch versteht, Feste der Arbeiterschaft zu gestalten. Ihr Können bewies sie vor allem mit dem Sprechchor Ernst Tollers. Der Arbeitergesangverein zeigte mit einigen sehr gut gelungenen Tendenzliedern seine Leistungen. Auch die Regitationen der Genossen Krauß und auch Reinsdorfs wurden mit Beifall quittiert. Einige Lichtbilder, mit Musik, Regitationen und Sprechchören unrahmt, gestalteten einen tiefen Einblick in die Schrecken des Krieges. Im Mittelpunkt des Abends stand die Ansprache des Genossen Schröder, Leipzig. Mit einigen Musikstücken der Rogbergischen Kapelle fand die Feierstunde ihr Ende.

i. Bad Lausitz. Sitzung des Berufsschulverbandes. Der Berufsschulverbandvorsitzende hatte am 20. September einen Beschluß gefaßt, daß gefährliche Maschinen, wie Bandsäge, Schweißapparat und Abtriebmaschine für die Berufsschule nicht angeschafft werden dürfen. Da jedoch nach § 12 des Berufsschulgesetzes die Beschaffung der Inneneinrichtung der Berufsschule nur allein dem Berufsschulverband zusteht, hatte der Ausschussvorsitzende, Langfeld, Beschwerde gegen den Beschluß des Berufsschulverbandvorsitzenden vom 20. September 1928 beim Bezirksamt Borna eingeleitet. Das Bezirksamt Borna hat der Beschwerde des Ausschussvorsitzenden stattgegeben und den Beschluß des Vorstandes vom 20. September 1928 aufgehoben. Der vom

Ausschuß gewählte Beschaffungsausschuß hat nunmehr freie Hand. Die Angelegenheit, Lösung des Mietvertrages mit Herrn Göbe, wurde in die nichtöffentliche Sitzung verschleppt. Da bekanntlich der Mietvertrag Berufsschule—Göbe bis 1931 läuft, wird Herr Göbe so leicht nicht ohne genügende Entschädigung von seinem Vertrag zurücktreten wollen. Die Vergütung von Küchenherren soll nochmals ausgeschrieben werden. Vom Vorsitzenden wird ein von der Lehrerschaft ausgearbeitetes Programm zur Einweihung der Berufsschule zur Kenntnis gebracht und wird gegen eine Stimme gutgeheißen. Die hierfür erforderlichen Mittel deckt vorläufig die Schulkasse; doch hofft die Lehrerschaft, durch zwei öffentliche Aufhebungen der Berufsschüler nicht nur die erforderlichen Mittel aufzubringen, sondern noch einen Reingewinn zu erzielen. Die Berufsschule soll einen Haupttelefonanschluß erhalten. Die Volkshaus können wegen zu geringer Meldungen vorläufig nicht zur Einrichtung kommen. Als letzter Termin zur Fertigstellung der Berufsschule soll der 31. Dezember 1928 gelten.

Eilenburg. Der Bau eines Stadtbades beschlossen. In einer gemeinsamen Sitzung des Magistrats, der Baudeputation und der Deputation für Leibesübungen wurde eingehend die Stadtbadfrage behandelt. Hierzu lagen zwei Vorschläge eines Spezialbauamtes, Ingenieurs Alfred Paas, Leipzig, vor. Das eine Projekt betraf die Johanniswiese in der Nähe von Sebastopol und das andere Projekt ist die Apfelswiese im Stadtpark. Nach längerer Aussprache, wobei natürlich der bürgerliche Stadtvorordnetenvorsteher Müller diese Angelegenheit erst in der nächsten Stadtvorordnetenversammlung behandelt wissen wollte, entschied man sich auf das Drängen der Sozialdemokraten für den Vorschlag, das Stadtbad auf der Apfelswiese im Stadtpark zu errichten. Ob man das Wasser hierzu aus dem Mühlgraben oder aus der Wasserleitung nimmt, soll erst die nähere Prüfung ergeben. Einstimmig beschloß man dann, den Ingenieur Paas mit der Ausarbeitung dieses Projektes zu beauftragen. Der fertigestellte Plan wird dann der Stadtvorordnetenversammlung zur Bewilligung der Anleihe-mittel zur Beschlußfassung vorgelegt. Ferner soll versucht werden, Gelder aus der produktiven Erwerbstätigenfürsorge für das Projekt flüssig zu machen.

Leipziger Rundfunkprogramm

- Regelmäßige tägliche Programmfolge Montag bis Sonnabend
- 10,05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunf.
- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und -vorausage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstands-meldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik.
- 12,50 Uhr: Funkwerbernachrichten.
- 12,55 Uhr: Rauner Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 17,45 Uhr: Funkwerbernachrichten.
- 18,20 Uhr: Wettervorausage, Zeitangabe und Arbeitsnachweis (Außer Dienstags).
- 18,55 Uhr: Dienstags: Wettervorausage und Zeitangabe.

Montag, 12. November.

- 14,00 Uhr: Schallplattenkonzert.
- 14,55 Uhr: Frostmeldungen.
- 15,00 Uhr: Dr. Arno Schirofauer, Leipzig: Literarische Umschau: „Der neue Roman in England.“
- 16,00 Uhr: Studienrat Friebe, Lektor Claude Grandier: Französisch (Kulturkundlich-literarische Stunde.) (Deutsche Welle, Berlin).
- 16,30 Uhr: Nachmittagsunterhaltung durch Tonfilme. (Karolus-Verfahren.) Orchestermusik, Gesang, Kammermusik, Regitationen.
- 18,30—18,55 Uhr: Studienrat Friebe, Lektor Mann: Englisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin).
- 19,00 Uhr: Oberarzt Dr. Leiharz, Hamburg: „Welche Krankheitszustände können durch Eingeweidewürmer hervorgerufen werden?“
- 19,30 Uhr: Geheimrat Banno von Polen, Dresden: „Wilhelm von Polen und die sächsische Heimat.“
- 20,00 Uhr: Wilhelm Rintens mit eigenen Werken. Mitwirkende: Das Reich-Quartett, Weimar: Prof. Robert Reich (1. Violine), Will Müller-Grailsheim (2. Violine), Herbert Groß (Viola), Walter Schulz (Cello), Wilhelm Rintens (Klavier).
- 21 Uhr: „Die neue Frau.“ Ein Zwiegespräch von Arno Schirofauer.
- 22 Uhr: Pressebericht und Sportsfunf.
- 22,15—24,00 Uhr: Unterhaltungsmusik. (Funkwerberveranstaltung.) Ausgeführt vom Deon-Parlophon-Musikhaus Kurt Witt, Leipzig C 1, Grimmelstraße 9—11, Tel.: 197 67.

Dienstag, 13. November.

- 14,00 Uhr: Vespereben aus den Neuererscheinungen auf dem Büchermarkt.
- 15,00 Uhr: Frostmeldungen.
- 15,15 Uhr: Musikalische Kaffeestunde mit Funkwerbung.
- 16,30 Uhr: Bunter musikalischer Nachmittag. (Von 16,30—17,30 Uhr Uebertragung auf den Deutschlandsender.) Mitwirkende: Marianne Rau-Höplauer (Gesang), Walter Krehshmar (Vieler zur Laute), Friz Scherdel (Violoncell). Am Blätner: Alfred Simon.
- 17,45 Uhr: Funkwerbernachrichten.
- 18,05 Uhr: Frauensunf. Frau Dora Horn, Traunstein: „Vom Ostfeinwintern.“
- 18,30—18,55 Uhr: Lektor Claude Grandier, Gertrud van Egheren: Französisch für Anfänger (Deutsche Welle, Berlin).
- 18,55 Uhr: Wettervorausage und Zeitangabe.
- 19,00 Uhr: Dr. M. R. Behm, Leipzig: „Private und öffentliche Wirtschaftsgestaltung. V.: Die Sonderstellung der öffentlichen Betriebe und ihre neueren Erscheinungsformen.“
- 19,20 Uhr: Professor Dr. Erich Brandenburg, Leipzig: „Von Bismarck bis zum Weltkrieg.“ II. (Zugleich Uebertragung auf die Deutsche Welle, Berlin).
- 19,45 Uhr: Dr. Peter Graf: „Sternschnuppenfall im November.“
- 20,15 Uhr: Balladen von Carl Loewe. Gesungen von Kurt Wichmann, Halle. Am Blätner: Alfred Simon, 1. a) Erlkönig; b) Totentanz; c) Gutmann und Gutwielb 2. a) Tod und Ladin; b) Feuersgedanken; c) Der Wolwode. 3. a) Nächtliche Feertanz; b) Trommelbunte.
- 21,00 Uhr: Mozart. (Eine bunte Stunde.) Mitwirkende: Maria Reutriden und Franz Kullmann, Dresden (Heltete Regitationen), Walter Simmlinger, Berlin (Chansons), Rolf Schroeder (Klavier).
- 22,00 Uhr: Pressebericht und Sportsfunf.
- 22,15 Uhr: Tanz- und Unterhaltungsmusik. Kapelle Felereis, Dresden. Leitung: Max Felereis.

Zur Wette der Hindenburgspende

Man schreibt uns: Bringt mir da dieser Tage der Briefbote ein amtliches Schreiben des Bezirksfürsorgeverbandes K, der 100 000 Einwohner zählt. Ich öffne hastig den Brief in der Hoffnung, daß endlich die Forderung der Sozialrentner auf wesentliche Erhöhung der Richtigke bewilligt ist. Zu meinem Staunen erhalte ich jedoch eine Einladung des Fürsorgeausschusses zu einer wichtigen Sitzung, die sich mit der Verteilung der Mittel aus der Hindenburgspende befassen soll. So, denke ich, gibt es nun endlich mal etwas aus der Sieben-Millionen-Spende für unsere alten Väterchen und Mütterchen! Als ich in die Sitzung komme, weiß diese einen überaus starken Besuch auf. Sämtliche Wohlfahrtsorganisationen, bürgerliche und Arbeiterwohlfahrt, sowie die Vertreter der Organisationen der Sozial- und Kleinrentner und die Herren vom Kreisamtsauschuß sind erschienen. Nach der Eröffnung der Sitzung wird uns mitgeteilt, daß wir unter den 1000 Bremerern um die Hindenburgspende die würdigsten und zwar gleichmäßig aus den Kreisen der Sozial- und Kleinrentner, auszusuchen haben. Erwartungswolle Gesichter allerseits. Jeder weiß ein halbes Hundert Bedürftige. Meine Damen und Herren, erklärt der Vorsitzende, unserem Fürsorgeverband stehen 300 Mark zur Verfügung, die nach Anweisung des Oberpräsidenten zu gleichen Teilen an sage und schreibe drei Bedürftige zur Verteilung kommen sollen. Lange Gesichter aller Anwesenden. Nachdem einige Duzend besonders alte und ehrwürdige Personen herausgesucht worden sind, überläßt es die Verammlung der Behörde, sich daraus nun wiederum die drei Glückspilge herauszufinden. Jeder bedauert die verlorene Zeit und das erbärmliche Ergebnis des mit soviel Mühe aufgezogenen Hindenburgsumms. Resigniert nimmt jeder entgegen, daß vielleicht noch einmal dem Kreise eine weitere Summe zur Verfügung gestellt werden soll.

Da nach einem bestimmten Schlüssel die Mittel verteilt worden sind, ist anzunehmen, daß in ganz Deutschland 2000 Sozial- und Kleinrentner in den Besitz einer Spende aus der Hindenburgsammlung gekommen sind. Wahrscheinlich ein klägliches Ergebnis, wenn bedacht wird, daß die Arbeiter jährlich ein Kopotfer von fast 5 Milliarden Mark aufbringen; um Kranke, Invalide und Arbeitslose durch die Pflichtversicherung über Wasser zu halten. Hoffentlich dient diese bittere Lehre dazu, künftig derartige Veranstaltungen zu unterlassen. Eine entsprechende Erhöhung der Steuern bei den bestehenden Klassen würde ganz andere Summen erbringen, die dann von Amts wegen den Bedürftigen durch ihre Versicherungsanstalten zugeführt werden könnten.

Der finnische Hafnarbeiterstreik

Was Arbeiterolidarität vermag

SPD Im Juni d. J. haben die finnischen Hafnarbeiter die Dostarbeit eingestellt, weil ihre Arbeitgeber sich nicht dazu herbeilassen wollten, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen und die erbärmlichen Löhne um ein verhältnismäßig beschidenes Maß zu verbessern. Monate währten nun bereits der finnische Hafnarbeiterstreik; er wird mit seltener Travour und Hingabe geführt, und allmählich senkt sich nun doch die Waage zugunsten der Arbeiterschaft.

Die wirtschaftlichen Verluste, die aus dem Konflikt entstanden, haben dazu geführt, daß die Regierung einen Untersuchungs-ausschuß zur Prüfung der Streitfragen und der Arbeitsbedingungen der Hafnarbeiter einsetzte. Dieser Ausschuß hat jetzt seinen Bericht der Öffentlichkeit vorgelegt. Was bringt er? Er stellt zunächst fest, daß der Streik fast allgemein ist, obwohl man 5700 Streikbrecher angeworben hat. Die Arbeitsleistung der Streikbrecher liege nach dem Urteil der Arbeitgeber selbst um etwa 30 Prozent unter der normalen Arbeitsleistung. Die Löhne der Streikbrecher seien höher als die vor dem Streik gezahlten regulären Löhne. Die Untersuchungskommission hat dem Ministerpräsidenten empfohlen, durch einen Schlichter Vorschläge für einen Tarifvertrag auszuarbeiten zu lassen. Bei etwas gutem Willen der Arbeitgeber könnte noch in diesem Jahr ein Abkommen zustande kommen.

Wenn die Streikenden in dem erbitterten Kampf bisher ausgehalten haben, ohne wankelmütig zu werden, so ist das nicht zuletzt der ihnen zuteil gewordenen internationalen Unterstützung zu verdanken. Der skandinavische Transportarbeiter- und Seelutewerband mit seinen 70 000 Mitgliedern hat nicht weniger als eine halbe Million Gulden ausbezahlt. Sein Boykott gegen alle von Streikbrechern besetzten finnischen Schiffe hat in ganz Finnland einen großen Eindruck gemacht.

Das IAB und die Angestellten

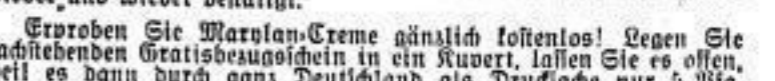
IAB. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts hat vor einigen Tagen (bevor er auf Ostafrika ging, Red.), wie schon bei früheren Gelegenheiten, eine Anzahl von Vertretern der großen Angestelltenorganisationen eingeladen, um mit ihnen über Fragen des Angestelltenwesens zu beraten. Bekanntlich hat der Verwaltungsrat die Arbeitszeit der Angestellten auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1929 gesetzt. Die Vertreter der Angestelltenorganisationen haben bei der Zusammenkunft ihre Befriedigung darüber ausgesprochen, daß auf diese Weise der von der 10. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Entscheidung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten stattgegeben wird.

In bezug auf die technischen Erhebungen des Internationalen Arbeitsamts über Angestelltenfragen wurde betont, daß diese von großem Nutzen für die zweckmäßige Lösung der Frage seien. Das Internationale Arbeitsamt soll seine Bemühungen fortsetzen, um ein internationales Uebereinkommen über eine Höchstdauer der Arbeitszeit im Handel und in anderen Betrieben und Verwaltungen, auf welche das Wahingtoner Uebereinkommen über den Achtstundentag noch keine Anwendung findet, herbeizuführen. Die Angestelltenvertreter haben sich auch über die vom Internationalen Arbeitsamt durchzuführende Studie über die Frage des bezahlten Urlaubs, des Lehrlingswesens, der Berufsausbildung, des Schutzes der angestellten Erfinder und der Arten der Entlohnung von Reisenden und Handelsvertretern ausgesprochen, von deren Durchführung sie sich eine Förderung des Angestelltenwesens versprechen.

Schließlich wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, beim Internationalen Arbeitsamt einen ständigen Ausschuß für Angestellte zu schaffen.



In sämtlichen Filialen der Volksbesetzung erhält man Sparmarken der Sparkasse Volksbaus



Halten und Kusseln haben, werden Sie dies durch Marulan-Creme beileiten können und um viele Jahre verlängert aussehen und aufblühen. In über 14000 glänzenden Dankschreiben wird dies immer wieder und wieder bestätigt.

Erproben Sie Marulan-Creme gänzlich kostenlos! Legen Sie nachstehenden Gratisbescheinigung in ein Kuvert, lassen Sie es offen, weil es dann durch ganz Deutschland als Drucksache nur 5 Bte. Porto kostet und schreiben Sie auf die Rückseite des Kuverts Ihre genaue Adresse.

Gratisbescheinigung: An den Marulan-Vertrieb, Berlin 482 Friedrichstraße 24. Bitte um Probe Marulan-Creme und um Büchlein über frische Schönheitspflege. Beides kostenlos und portofrei.

Was soll man für sein Gesicht tun?

Die meisten Menschen werden antworten, daß man sein Gesicht einfalten und waschen soll; alles weitere ergebe sich von selbst.

Berührt! Seine verwandelt das feine Hautfett, das die Natur zur Erhaltung der Haut absondert, in Seife. Dadurch wird es wirkungslos für den Schutz der Haut. Die unter den Woren liegenden kleinen Drüsen müssen fortgesetzt neues Hautfett absondern, wodurch die Drüsen erschöpft werden. Dies hat zur Folge, daß die Haut erschläft, vorzeitig weiß oder grau wird und sich in Falten legt.

Wer weiter nichts für sein Gesicht tut, als es mit Seife zu waschen, der — das kann man wohl sagen — mißhandelt sein Ge-

sicht! Wenn sein Gesicht fleckig ist, wer sein Gesicht jung, natürlich und ohne Falten erhalten möchte, der mag sich den Namen eines auf wissenschaftlicher Basis entwickelten Mittels merken, das für jede Gesichtsbaut eine Wohltat ist. Dieses Mittel heißt: Marulan-Creme.

Aus der Pflege oder Nichtpflege seines Gesichtes sieht man gern Rückschlüsse auf den Menschen. Wer auf sich hält, wird immer den Wunsch haben, sein Gesicht natürlich, jung und faltenlos zu wissen, so daß er alle, die ihn sehen, Freude daran haben.

Marulan-Creme gibt jedem, der dies erprobte Mittel anwendet, Freude. Auch Sie kommen darin, daß Sie sich auf die Minuten freuen, wo Sie die erfrischende, lugendbringende Marulan-Creme anwenden, weil Ihre Gesichtsbaut dadurch von Tag zu Tag blühen wird, und Sie eine Gesichtsbaut von einnehmendem Vorbild erlangen, die sich dauernd erhalten läßt. Selbst wenn Sie schon